



Ennepe-Ruhr Kreis

Die Zukunft des Alters im Ennepe-Ruhr-Kreis: Eine kommunale Gestaltungsaufgabe



**Dokumentation der Fachtagung des
Ennepe-Ruhr-Kreises**

**In Zusammenarbeit mit dem
Forschungsinstitut
Geragogik e.V.**



Vom 21. Februar 2007, Witten

Impressum

Redaktion: Dr. Dietmar Köster, FoGera
Verena Leve, FoGera

Forschungsinstitut Geragogik e.V.
Alfred-Herrhausen-Str. 44
D-58455 Witten

Telefon: +49 (0) 2302 - 91 52 72
Telefax: +49 (0) 2302 - 91 52 75
E-Mail: sekretariat@FoGera.de
Internet: <http://www.FoGera.de>

Layout: Verena Leve, FoGera

Druck: Ennepe-Ruhr-Kreis

Bildnachweis:

Titelfoto: iStockphoto, www.istockphoto.com

Forschungsinstitut Geragogik e.V.: S. 3, 7, 9, 12, 17, 19, 22, 25, 28, 67, 89, 113

Axel Fiedler: S. 86.

Vorwort Tagungsdokumentation



**Liebe Leserin,
Lieber Leser,**

die Diskussion um den demographischen Wandel ist in aller Munde. Leider wird oft mit Schlagworten wie „Generationenkonflikt“, „Rentnerschwemme“, „Pflegekatastrophe“ und „Überalterung“ eine beängstigende Zukunft prognostiziert. Diese Sichtweisen, die nur die Altersschwächen aber nicht die Altersstärken zur Kenntnis nimmt, werden aber nicht nur den Älteren und dem Altern nicht gerecht, sondern verhindern auch den Blick auf die Möglichkeiten und Chancen zur Gestaltung des demographischen Alterungsprozesses.

Der demographische Wandel stellt insbesondere die Kommunen vor eine große Herausforderung. In den Städten sind die Auswirkungen des Alterungsprozesses für die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erfahrbar. Kommunale Seniorenpolitik bedarf der Modernisierung und der politischen Aufwertung, um den Herausforderungen gerecht zu werden. Seniorenpolitik geht von der Heterogenität des Alters aus. Es gilt, Altern als kommunale Querschnittsaufgabe zu analysieren und auf unterschiedlichen Handlungsfeldern ineinander greifende Strategien zu entwickeln. Dabei beruht eine integrierte Altenplanung der Zukunft im Wesentlichen auf zwei Säulen:

Erstens ist den gesetzlichen Rahmenbedingungen gerecht zu werden, indem Antworten auf die Lebenslage älterer Menschen gefunden werden, die Einschränkungen in der eigenständigen Lebensführung haben. Hierzu zählt der gesamte Bereich der Pflege. Zweitens sind die Potenziale des Alters und die Partizipation im Alter zu stärken und zu nutzen, um den demographischen Wandel auf kommunaler Ebene zu gestalten.

Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat mit der Fachtagung „Die Zukunft des Alters im Ennepe-Ruhr-Kreis: Eine kommunale Gestaltungsaufgabe“ erste Impulse und Ansätze für eine integrative Seniorenpolitik in der Kommune aufgezeigt und zur Diskussion gestellt, die sowohl das Thema Pflege als auch die Schaffung von partizipationsförderlichen Rahmenbedingungen beinhaltet. In diesem Band sind die verschiedenen Beiträge und Diskussionsergebnisse für Sie zusammengefasst worden, um die Ergebnisse über den Veranstaltungstag hinaus zu transportieren. Wir hoffen, mit der vorliegenden Dokumentation einen Impuls geben zu können, wie auch Sie den Alterungsprozesses im Ennepe-Ruhr-Kreis aktiv weiterentwickeln und mitgestalten können.

Dr. Dietmar Köster, *Forschungsinstitut Geragogik e.V.*, Witten

Inhaltsverzeichnis:

Der Kreis stellt sich auf die Alterung ein	5
Gestaltung des demographischen Wandels als Lernaufgabe.....	10
Potenziale des demographischen Wandels.....	14
Alter als neue kommunale Gestaltungsaufgabe? Zwischen Altenhilfe und gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit.....	17
Zukunft des Alters in den Kommunen.....	26
Foren -	
1. Pflege.....	50
Pflege als kommunale Aufgabe.....	50
Pflege - Handlungsanforderungen aus der Sicht des Ennepe-Ruhr-Kreises	60
Forum-Diskussion Pflege.....	69
2. Bürgerschaftliches Engagement/ Selbsthilfe	70
Partizipation im Alter als Chance für Kommunen	70
Ansätze in den Städten.....	79
Forum-Diskussion „bürgerschaftliches Engagement/ Selbsthilfe“	84
3. Seniorenwirtschaft.....	85
Chancen der Seniorenwirtschaft	85
Seniorenwirtschaft: Ein Thema für Unternehmen im Kreis?	94
Forum-Diskussion „Seniorenwirtschaft“	103
Handlungsempfehlungen für den Ennepe-Ruhr-Kreis	104
Liste der Teilnehmenden:.....	106

Der Kreis stellt sich auf die Alterung ein

Dr. Arnim Brux, Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises

Zu unserer heutigen Fachtagung darf ich Sie alle - Vertreter von Verbänden, Unternehmen, Gewerkschaften, Kommunen und der Fachöffentlichkeit recht herzlich begrüßen. Ein besonderer Dank gilt den Referentinnen und Referenten, die den Weg durch den Dschungel der Demographie etwas lichten wollen.

Wir werden uns heute - so besagt es der Titel der Konferenz - mit der „Zukunft des Alters im Ennepe-Ruhr-Kreis“ beschäftigen. Und zwar - so steht es auch in der Überschrift - als „kommunaler Gestaltungsaufgabe“ für den Kreis und die kreisangehörigen Städte.



Wir fangen nicht bei Null an, weder beim Kreis noch bei den kreisangehörigen Kommunen, die über unterschiedliche Ansätze und Entwürfe verfügen. Aber mit dem Papier „Wir werden weniger, älter und bunter“, das wir vor einem Jahr vorgelegt haben, haben wir quasi den Aufschlag gegeben für eine breitgefächerte Diskussion über die Bewältigung einer großen Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Ressorts, Ämter, Zuständigkeiten und politischen Handlungsfelder zieht. Ich hoffe, dass die Konferenz dazu beitragen wird, Erkenntnisse und Perspektiven zu liefern, um diesen zentralen gesellschaftlichen Wandlungsprozess positiv zu gestalten.

Und der sieht nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik so aus: Die Bevölkerungszahl des Ennepe-Ruhr-Kreises sinkt bis 2020 auf rund 326.800, was gegenüber dem Basisjahr 2002 einen Rückgang um 6,6 % bedeutet. Damit liegt der Kreis etwa im Trend des Ruhrgebiets (-5,6 %) und deutlich schlechter als der Landesdurchschnitt (-0,6 %).

Weit gravierender als die erst auf längere Sicht deutlichen Bevölkerungsverluste werden sich allerdings die Verschiebungen in der Altersstruktur auswirken. Neben den zu geringen und weiter sinkenden Geburtenzahlen wird dieser Prozess durch die ständig steigende Lebenserwartung getragen. Medizinische, technische und soziale Fortschritte haben dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Lebenserwartung in Deutschland seit 1900 um über 30 Jahre gestiegen ist. Liegt die statistische Lebenserwartung aktuell für Männer bei 76 Jahren und für Frauen bei 81 Jahren, so wird davon ausgegangen, dass sich diese Zahl für beide Geschlechter bis 2050 noch einmal um etwa fünf bis 12 Jahre erhöhen wird.

Bereits jetzt zeichnet sich eine deutliche Verschiebung der Bevölkerungspyramide im Ennepe-Ruhr-Kreis ab: Der Anteil der Einwohner, die über 65 Jahre alt sind, ist mit knapp 20 % bereits jetzt höher als der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit 17,7 %. Die Relation von jungen und alten Menschen im Kreis entspricht damit etwa der in den Großstädten des Ruhrgebiet. Für einen Ballungsrandkreis ist dieses Bild ungewöhnlich. Hauptursache dafür ist der jahrzehntelange wirtschaftliche und soziale Erosionsprozess durch den industriellen Strukturwandel.

Wir wollen nun eine Entwicklung, die ohnehin nicht mehr aufzuhalten ist, nicht beklagen, sondern offensiv nutzen. Um diesen Trend mittelfristig zu stoppen, müssten die Kinder schon geboren und die Migranten schon hier sein. Man könnte auch die Frage stellen, ob es vielleicht gar nicht so dramatisch ist, dass wir weniger und älter werden.

Albrecht Müller hat in seinem - zugegeben provokativen und quergebürsteten Buch „Die Reformlüge“ die demografische Frage, so wie wir sie stellen, einen Denkfehler und einen Mythos genannt. Die entscheidende Frage ist, wie wir mit diesem zurzeit irreversiblen Trend umgehen. Wir wollen nicht der Chimäre hinterherlaufen, als ließe sich an Ennepe und Ruhr verhindern, was rings um uns herum Tatsache ist, sondern die Megatrends aktiv gestalten.

Wir stellen die Frage: Was heißt überhaupt Alter? Wann setzt dieser Prozess ein? Umfasst er die Lebensspanne zwischen 50, wenn die Menschen sich hoffentlich auf dem ersten Arbeitsmarkt befinden, und 100? Sind da nicht höchst unterschiedliche Bedürfnisse zu berücksichtigen?

Vor wenigen Wochen hat die landeseigene Gemeindeprüfungsanstalt einen dickleibigen Bericht vorgelegt, der sich mit der Verwaltung des Ennepe-Ruhr-Kreises beschäftigt und ihre Ergebnisse mit der Politik anderer Landkreise vergleicht. Dort heißt es wörtlich: „Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat erkannt, dass eine aktive Gestaltung und Steuerung im Bereich der Altenhilfe eine Kostenregulierung ermöglicht. Aufgrund des demographischen Alterungsprozesses, der damit verbundenen Kostenentwicklung in Folge der steigenden Anzahl der pflegebedürftigen Personen und sinkenden Selbsthilfepotenziale wird hier der Steuerungsansatz gesehen. Zudem soll die Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten im Rahmen der Kooperation und Vernetzung vertieft werden.“

Den kritischen Augen der Prüferinnen und Prüfer war insbesondere ins Auge gefallen, dass wir im Jahr 2000 einen Pflegebedarfsplan erstellt haben und ihn halbjährlich im Rahmen einer Marktbeobachtung fortschreiben. Als wegweisend erschien der Gemeindeprüfungsanstalt auch das vom Kreistag verabschiedete Konzept „Weiterentwicklung der Altenhilfe im Ennepe-Ruhr-Kreis“, auf das ich gleich noch eingehen werde.

Der „Ausbau einer dezentralen trägerunabhängigen Pflegeberatung mit der gleichzeitigen Intensivierung des Case-Managements“ wird ausdrücklich als zielführend hervorgehoben. Resümierend heißt es dann: „Durch eine intensive Einzelfallberatung, mit der die in häuslicher Umgebung vorhandenen Möglichkeiten geklärt und über das ambulante Angebot aufgeklärt wird, kann der Tendenz zu vermehrt stationärer Unterbringung gegengesteuert werden.“ Das ist aus zwei Gründen zwingend erforderlich und geboten: Einmal laufen uns die Kosten davon, und andererseits - und das ist sogar wichtiger - wollen viele ältere Menschen „nicht ins Heim“, sondern so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden wohnen.

Auch in dem Altenhilfe-Papier, auf das sich die Gemeindeprüfungsanstalt bezog, wird dargelegt, dass die demographische Entwicklung des Ennepe-Ruhr-Kreises parallel zu der Generaltendenz in Nordrhein-Westfalen verläuft und dass, damit einhergehend, auch die Pflegefallzahlen signifikant nach oben weisen. Dies wiederum vor dem folgenden Hintergrund: Da die Stabilität von Familie weiter abnimmt, wächst auch insofern das Bedürfnis nach von außen organisierter ambulanter und stationärer Pflege. Übrigens gibt es insofern einen interessanten Hinweis im Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt: Bei den Informationen, die pflegenden Angehörigen zur Verfügung gestellt werden, soll mehr an das Internet gedacht werden, denn bei den pflegenden Angehörigen handelt es sich in der Regel um Frauen zwischen 40 und 60, die im Unterschied zu der Generation davor durchaus weitgehend das Internet zu nutzen weiß.

Klar ist auf jeden Fall: Die Kosten, die der Ennepe-Ruhr-Kreis bei der Pflege zu schultern hat, sind immens. Heute und morgen. Der EN-Kreis gab für diesen Zweck 1004 rund 16 Millionen Euro aus. Diese Summe wuchs und wächst bis 2010 Jahr für Jahr voraussichtlich um eine Million Euro.

Auf gravierende Veränderungen haben wir uns auch beim Wohnungsbau einzustellen: Die Großfamilie ist passé, Kleinwohnungen demzufolge en vogue, Wohnungen für ältere und potentiell leicht bis schwer behinderte Menschen um so notwendiger.

Was meine ich damit? Mir geht ein Cartoon von Bernd Pfarr durch den Kopf, auf dem ein älterer Herr im Bett liegt, und auf seinem Nachtschränchen liegt ein Wollknäuel. Der Text dazu lautet: „Als Theseus“ (der König von Athen) „begann, im Alter unter starker Vergesslichkeit zu leiden, besann er sich seines guten alten Wollknäuels aus dem Labyrinth von Kreta, um jederzeit den Weg von seinem Schlafzimmer zur Toilette zu finden.“

Das Wollknäuel ist das Mittel, das es Theseus ermöglicht, länger unter den alten, hergebrachten Umständen zu leben. Was wir heute brauchen, sind Wohnungen mit eingebautem Wollknäuel, freundliche, schöne und technische gut ausgestattete Senioren- und Altenwohnungen mit dem entsprechenden Umfeld.

In Hattingen wird zurzeit ein Projekt im Rahmen von „Smarter Wohnen NRW“ realisiert. Es umfasst die technische Entwicklung und Erprobung von einheitlichen Lösungen rund um „intelligentes Wohnen“. „Intelligentes Wohnen“ steht dabei für eine vollständige, Internet-basierte Vernetzung der Wohnung, mit der unterschiedlichste Anwendungen von der Kommunikation bis zur Telemedizin in den Haushalt integriert werden. Ich erinnere daran, dass sich der Kreistag in einem entsprechenden Papier für seniorengerechtes Wohnen eingesetzt hat.

Generell gilt: Wir wollen auch älteren Menschen eine weitreichende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Dabei wird der behindertengerechte Ausbau des ÖPNV-Angebotes bei der anstehenden Fortschreibung des Nahverkehrsplanes ein besonderes Gewicht haben.



Viele Menschen zwischen 60 und 80 besitzen eine außerordentlich hohe Vitalität - und wollen nicht zum „alten Eisen“ abgeschoben werden. Sie sind auch wirtschaftlich ein beachtlicher Faktor, verfügen viele von Ihnen doch über ein Einkommen, dass sie zu einer bedeutenden Nachfragergruppe im Freizeit- und Wellnessbereich macht.

Mit der

- Freizeit- und Tourismuswirtschaft sowie
- der Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik

besitzt der Ennepe-Ruhr-Kreis zwei Entwicklungsschwerpunkte, bei denen die „jungen Alten“ eine wichtige Zielgruppe bilden. Auch und gerade mit dem Fokus auf diese wachsende Nachfragergruppe wird der Kreis beispielsweise seine Aktivitäten in den touristischen Infrastrukturprojekten

- Ruhrtalradweg, Lückenschluss des Radweges „von Ruhr zu Ruhr“
- Wandern im Südkreis („Südspitzen“)

konsequent fortsetzen und vermarkten. Wir hoffen, damit auch einen Anstoß für vermehrte Investitionen Privater in den Freizeit- und Wellnessbereich zu geben, denn zum Ausbau dieses lukrativen Marktes bietet sich unsere Region wie kaum eine andere an.

Die veränderte Altersstruktur stellt die Wirtschaft insgesamt vor neue Herausforderungen. Wir leben in der schizophrenen Situation, dass sich die Altersstruktur in unserer Gesellschaft dramatisch verändert, gleichzeitig unter dem Focus des Arbeitsmarktes ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeblich nicht mehr gebraucht werden und nicht mehr erwünscht sind. Die Beschäftigungsquote „50 plus“ lässt stark zu wünschen übrig. Lediglich vier von zehn Arbeitnehmern über 55 befinden sich noch im Arbeitsprozess. Und: Sechs von zehn Unternehmen in Deutschland beschäftigen niemanden, der über 50 ist. Umsteuern tut not.

Ältere Fachkräfte, die heute noch in den Vorruhestand geschickt werden, können morgen heißbegehrt sein, da nicht genug qualifizierte junge Kräfte „nachwachsen“. Die Weiterqualifizierung und Wiedereingliederung arbeitsloser älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird daher zu einem wichtigen Thema in den Unternehmen. Wir wollen diesen Prozess durch gezielte Aktivitäten der JobAgentur EN und die EN-Agentur unterstützen - etwa im Rahmen des durch den Bund prämierten Qualifizierungs- und Eingliederungsprojekts „50 plus“. Die heimische Wirtschaft hat durchaus etwas vorzuweisen auf diesem Gebiet: Im Dezember konnte der Geschäftsführer von Prisma in Ennepetal aus den Händen von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering die Auszeichnung „Unternehmen mit Weitblick“ entgegennehmen. Franz Müntefering würdigte exemplarisch das aktive und erfolgreiche Engagement von bundesweit 62 Unternehmen, die sich den Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich stellen. „Sie zeigen Weitblick, weil sie sich besonders anstrengen, ältere Menschen zu beschäftigen und sie zu qualifizieren. Sie wurden ausgezeichnet, weil sie für den Mentalitätswandel arbeiten und für das Erfolgskonzept werben, dass es die gesunde Altersmischung in den Belegschaften ist, die den Erfolg bringt.“

Wir wollen stärker die Potentiale der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nutzen. Ich nenne nur das Stichwort Ehrenamt. Das Bundesfamilienministerium hat jüngst ein Projekt „Selbstorganisation älterer Menschen“ aufgelegt, bei dem in zwölf Modellkommunen Schwimmbäder, Stadtteilbibliotheken und Begegnungsstätten durch bürgerschaftlich engagierte Menschen verantwortlich geleitet oder gestützt wurden (BS 2/07 S. 10, www.iss-ffm.de).

Wir brauchen ein neues Bild des Alters. Alter ist viel mehr als Pflege und Hilfsbedürftigkeit. Aktive gesellschaftliche Teilhabe ist das Ziel. Die zentrale Aussage des fünften Berichts lautet: Ältere Menschen verfügen über Potenziale, die wir als Gesellschaft noch längst nicht ausgeschöpft haben. Es gab noch nie eine ältere Generation - das ist das Entscheidende -, die so gut ausgebildet und so gesund war

wie die Älteren heute. Die Lebenserwartung eines heute geborenen Mädchens liegt bei rund 81 Jahren und die eines kleinen Jungen bei über 75 Jahren. Das sind nicht nur zusätzliche Jahre, sondern gewonnene Jahre, wenn es uns gelingt, sie aktiv zu nutzen. Entscheidend ist: Wer heute zum Beispiel 60 Jahre ist, der ist biologisch gesehen fünf oder sechs Jahre jünger, als es ein 60-Jähriger vor 30 Jahren war. Das heißt, diese Jahre können tatsächlich als gewonnene Jahre für diese Generation angesehen werden.

Die Städte haben ihre Aufgaben zu erledigen, die Initiativen, Vereine, Verbände, Unternehmen müssen ihre Jobs erledigen, und der Kreis steht in der Pflicht. Beim Ennepe-Ruhr-Kreis wird in den nächsten Jahren die Bewältigung der Pflege das Hauptaugenmerk auf sich ziehen: Wie organisieren wir sie kosteneffizient und menschenwürdig? Die Kommunen werden sich schwerpunktmäßig mit bürgerschaftlichem Engagement der Älteren, mit Selbsthilfe befassen, auch mit dem Ehrenamt. Verbände und Unternehmen stehen schließlich vor der Herausforderung, das Themenfeld Seniorenwirtschaft zu bearbeiten.

Natürlich haben die Themenfelder jede Menge Bezüge untereinander. Vernetzung ist auch hier das Gebot der Stunde. Lassen Sie uns heute miteinander streiten, diskutieren, Vorschläge machen und wieder verwerfen, dann weiterentwickeln, bis neue Lösungen in Sicht sind. Ich danke Ihnen allen für die Bereitschaft, sich auf diese Diskussion einzulassen.

Gestaltung des demographischen Wandels als Lernaufgabe

PD Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz, FoGera e. V., Witten

Die Rede vom „Demografischen Wandel“ ruft ganz unterschiedliche Reaktionen hervor:

- Gesetzgeber sind besorgt um Finanzierungsoptionen
- Pflege- und Wohlfahrtsverbände verweisen auf einen drohenden Engpass im Versorgungssystem der Älteren
- In den Medien werden Horrorvisionen verbreitet – die Pflege am Fließband wird öffentlich vorgeführt
- Die Jüngeren sind hin und her gerissen zwischen ihren Visionen einer Solidarität mit den Alten und einem Wunsch nach eigener Zukunftssicherung
- Die Älteren selbst sehen dem Pflegebedürftig werden mit Schrecken entgegen: 30% geben an, sich lieber umbringen zu wollen, als in Abhängigkeit zu leben



Dabei ist der Begriff des demografischen Wandels zunächst einmal ganz wertfrei gemeint. Beobachtet wird – ganz vereinfacht ausgedrückt

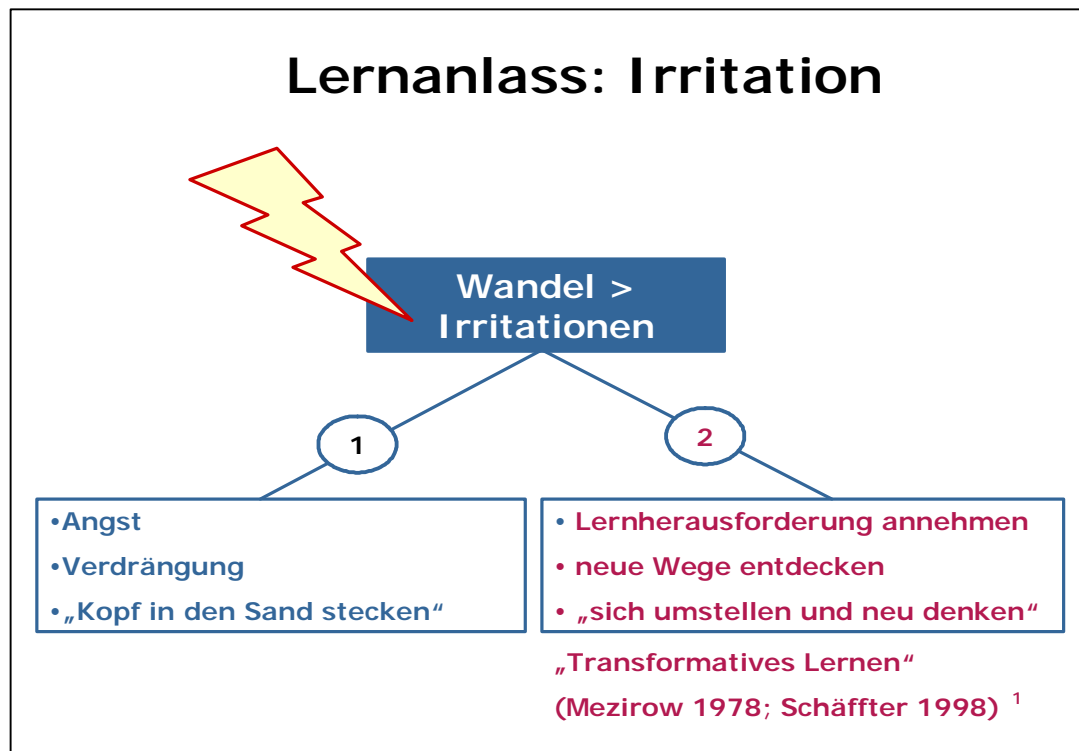
a) eine proportionale Zunahme des Anteils der Menschen über 60 Jahren

b) eine Abnahme des Anteils der unter 60 Jährigen und Jüngeren – bedingt nicht nur durch die sinkende Geburtenrate, sondern auch durch Abwanderungsprozesse – die hier im Ruhrgebiet zu beobachten sind.

Wie die o.g. Szenarien zeigen: Wandel macht Angst. Auf Veränderungen reagieren wir Menschen irritiert und vielfach mit Angst oder Verdrängung. Das Ausmaß der o.g. Veränderungen ist schon lange bekannt – aber mit dem Abwehrmechanismus des „Nicht Wahr haben Wollens“ haben wir lange den Kopf in den Sand gesteckt.

Aber es gibt auch eine andere Möglichkeit, auf die Irritation zu reagieren – nämlich mit Lernen! Und auch hierfür gibt es viele Beispiele:

- Da werden in den Gemeinden „runde Tische“ gebildet
- Da bilden sich Ältere, die sich freiwillig engagieren möchten, fort, um fit zu sein für eine selbst gewählte neue Aufgabe
- Da entstehen Projekte, an denen Alt und Jung beteiligt sind und die dritten nützen
- Da tun sich Ältere zusammen und erarbeiten Konzepte, unter welchen Bedingungen sie im fortgeschrittenen Alter wohnen möchten – und beginnen, diese Idee gemeinsam umzusetzen.



Das hat etwas mit Lernen zu tun – zwar nicht mit einem herkömmlichen „Lernen auf der Schulbank“, aber mit einer Haltung, neue passende Wege zu finden, das eigene Leben und das Zusammenleben im privaten und im öffentlichen Raum zu verstehen und zu gestalten.

Der Erziehungswissenschaftler Ortfried Schäffter hat hierfür einen Begriff geprägt: Irritation kann „Lernanlass“ ¹ sein. Entsprechend sollten wir uns also nicht irritiert zurückziehen, sondern uns öffnen.

In der Geragogik benutzen wir den Begriff des „Transformativen Lernens“. Der Begriff der Transformation kommt aus dem Lateinischen: Umformung, Umwandlung, Umleitung. Im Rahmen des Begriffs „Transformatives Lernen“ wird der Begriff der „Transformation“ hier im doppelten Sinne benutzt: Wir reagieren auf den *gesellschaftlichen Wandel*, auf die Transformationsprozesse, indem *wir uns selber* wandeln. Wir reagieren darauf mit der Deutung des Wandels als Herausforderung zum Lernen. Lernen meint in diesem Zusammenhang: entdecken, was möglich ist.

Als Forschungsinstitut Geragogik in Witten haben wir uns speziell diesem Anliegen verpflichtet: Wir wollen durch Forschung, Lehre und innovative Praxis Impulse erarbeiten, wie sich der demografische Wandel gestalten lässt. Dies gehen wir mit Methoden an, die sich sowohl auf die Analyse der Verhältnisse und Prozesse richten als auch die Selbstevaluation und Selbstreflexion fördern.

Wir gehen davon aus, dass es zunächst Sache der Älteren selbst ist, ihr eigenes Altern – und das ist oftmals ein halbes Leben – zu gestalten. Forschungsergebnisse bestätigen, dass Ältere nicht nur kompetent genug sind, dies zu tun, sondern dass ihnen auch genügend Freiräume zur Verfügung stehen, hier selbst aktiv zu werden. In keiner Zeit hatten alte Menschen so viel freie Zeit und so viele Gestaltungsspielräume wie heute.

¹ Mezirow, Jack (1978): Perspective Transformation. In: Adult Education, 28 (2), S. 100 - 109

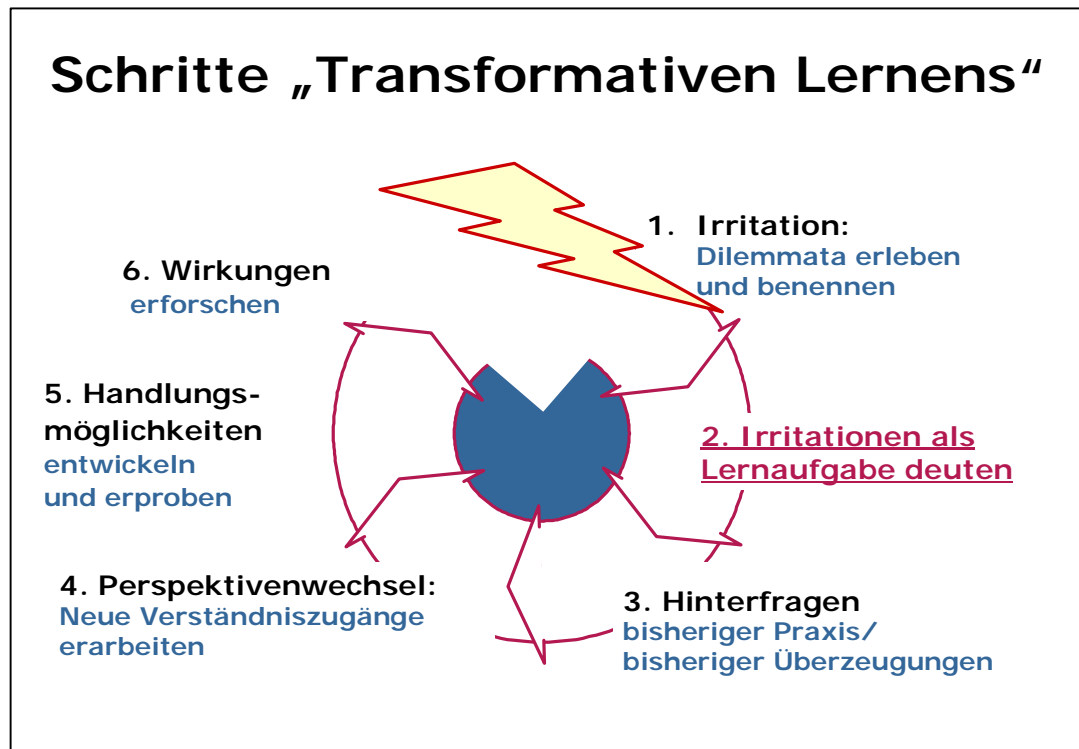
Schäffter, Ortfried (1998): Weiterbildung in der Transformationsgesellschaft. Zur Grundlegung einer Theorie der Institutionalisierung, Berlin

Schäffter, Ortfried (1997): Irritation als Lernanlass. Bildung zwischen Helfen, Heilen und Lernen, In: Schäffter, O., Das Eigene und das Fremde. Lernen zwischen Erfahrungswelten. Berlin

Aber es ist auch Sache der Jüngeren, hier umzudenken und Erwartungen an die ältere Generation zu stellen – bei der Gestaltung des Zusammenlebens zwischen Jung und Alt unter den besonderen Bedingungen des demografischen Wandels Verantwortung zu übernehmen.

Und es ist die Verantwortung der Politik, der Kommunen, der Verbände, der Gewerkschaften, hierfür Raum und Rahmen zu geben.

Im Rahmen unserer Konzeptionsentwicklungen zum Transformativen Lernen haben wir verschiedene Schritte des Lernens unterschieden – und diese möchte ich zu Beginn der Tagung uns allen als Orientierungsmarken mit auf den Weg geben.



Lernen – in Bezug auf den demografischen Wandel – kann idealtypisch in folgender Schrittfolge gedacht werden:

- Ø Wandel wahrnehmen und Irritationen erleben und benennen
- Ø diese Irritation als Anlass zum Lernen aufgreifen: keine Ängste entwickeln
- Ø die bisherige Praxis und die bisherigen Überzeugungen hinterfragen
- Ø neue Verständniszugänge im Gespräch mit anderen entwickeln; die Perspektive zu wechseln
- Ø Handlungsmöglichkeiten entwickeln und erproben und
- Ø die Wirkungen der Handlungen wiederum reflektieren z.B. mit Hilfe der Wissenschaft Schlüsse für eine nächste Runde zu ziehen.

Transformatives Lernen will die Entwicklung von gegenseitigem Verständnis aller Verantwortungsträger fördern: über gemeinsame Reflexion. Dieser Ansatz fordert uns alle auf, kritischer zu werden, offener zu sein für die Perspektiven anderer und für neue Ideen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen für diese Fachtagung:

- dass wir in einen Verständigungsprozess über den demografischen Wandel eintreten und
- dass wir dabei nicht in alte Klischees oder Abwehrhaltungen verfallen, sondern den Mut haben, den Veränderungen mit Neugier, Wissbegierde und Unternehmungsgeist zu begegnen.

Potenziale des demographischen Wandels

Werner Althoff, *Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW*, Düsseldorf

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Einladung nach Witten und für die Gelegenheit, Ihnen die Position und die Politik der Landesregierung zum Thema "Potenziale des demografischen Wandels" darzustellen.

Das Thema demografischer Wandel ist nicht nur wichtig, es hat derzeit auch Konjunktur. Sie wissen, dass ist nicht immer das Gleiche. Zu einer Konjunktur, auch in den Medien, gehört allerdings manche Überzeichnung (z.B. ZDF-Dreiteiler "Aufstand der Alten", Bild spricht vom Aussterben der Deutschen). Ihre Herangehensweise im Kreis ist da wohl tuend sachlicher: Sich vor Ort, konkret, auf den Wandel vorzubereiten.



Wir als Land gehen einen ähnlichen Weg, auch wir setzen auf konkretes Handeln. Wir wollen die Potenziale nutzen und vergrößern, auf die es im demografischen Wandel besonders ankommt.

In der Kürze der Zeit will ich nennen:

1. *Kinder- und Familienfreundlichkeit*

Eine familienfreundliche Politik kann die demografische Entwicklung nicht kurzfristig umkehren. Aber sie kann dazu beitragen, dass junge Menschen wieder den Mut haben, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen. Und das ist schlechthin die Voraussetzung, damit es auch in Zukunft noch "Potenziale" gibt.

Es gibt eine Fülle von Faktoren, die den Kinderwunsch beeinflussen. Stabile Einkommensperspektiven gehören sicher dazu. Darum ist es so wichtig, dass der Arbeitsmarkt wieder in Schwung kommt. Zweitens gilt es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Nicht nur für die Frauen, sondern auch für die Männer. Hier ist noch viel Nachholbedarf. Bei den Frauen sind immer mehr gut qualifiziert. Die Frage ist daher nicht, ob sie arbeiten wollen. Die große Mehrheit der Frauen will das Erlernte auch anwenden und finanziell auf eigenen Beinen stehen. Die eigentliche Frage ist, ob sie neben der Arbeit noch die Möglichkeit sehen und finden, eine Familie zu gründen. In anderen Ländern ist es längst selbstverständlich, Beruf und Familie zusammen zu bringen, statt sie gegeneinander auszuspielen – mit besseren Ergebnissen für Arbeitsmarkt und Demographie.

Die Kinderwünsche sind ja nach wie vor vorhanden. Sie werden nur viel zu selten realisiert. Es ist eine zentrale Aufgabe der Politik, diese Lücke zu verkleinern und mit ihren Mitteln die entsprechenden Rahmenbedingungen zu verbessern:

- Kindergartenplätze, die durch den Geburtenrückgang frei geworden sind, zur Betreuung der Jüngsten nutzen.
- Ausbau der U3 Plätze von 16.000 auf 32.000.
- Aufbau von Familienzentren mit Beratung auch für die, die oft schwer zu erreichen sind.
- Kindertagespflege (erstmalig gesetzliche Absicherung, Angebot der Qualifizierung).

- Kindertagungsgruppen in altersgemischte Gruppen umwandeln.
- Verlässliche Ganztags-Betreuung auch an Schulen ausweiten.

2. Ein neues Bild vom Alter zeichnen

Der demografische Wandel bietet uns zweitens die Chance, die Potenziale des Alters viel stärker zu nutzen. Das traditionelle Bild des Alters war eng mit Schwäche und Gebrechlichkeit verbunden. Dieses Bild ist zunehmend falsch, zumindest zu einseitig. Längst nicht alle, aber immer mehr alte Menschen sind gesund, kompetent und stehen voll im Leben.

Politik muss dem viel stärker Rechnung tragen.

Dazu Stichworte:

- Seniorenwirtschaft (Über 60-jährige in Deutschland: Nettovermögen von schätzungsweise zwei Billionen Euro. Für Nordrhein-Westfalen in der Seniorenwirtschaft mögliches Plus von 100.000 Arbeitsplätzen in den nächsten 10 Jahren. 11.-13. Juni MGFFI-WHO-/RVR-Tagung zu Age Friendly Cities in Essen/Mülheim mit internationalen Best-Practice-Beispielen),
- Arbeitswelt: derzeit (Mikrozensus 2004) lediglich rund 41 % der 55-65jährigen erwerbstätig. Aber Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland: 1998: 40,6 Mio. 2020: 39,9 Mio. Aber 2030: 34,7 Mio. und 2050 sogar nur noch 27,3 Mio. D.h. – zumal fitte – Ältere "auszusortieren" kann künftig kein Weg mehr sein. Das Land (MAGS) unterstützt die Qualifizierung von rund 100 SeniorTrainern und Beratern zu Demographie-Beratern: sensibilisieren, Handlungsmöglichkeiten zeigen, zum Beispiel „betriebliche Demographievorsorge" in Personalpolitik,
- Öffnung von Begegnungsstätten für Ältere, Erweiterung um kultursensible Aspekte, ehrenamtliche Leitungen werden in 70 Begegnungsstätten qualifiziert,
- generell: Potenziale des Ehrenamtes nutzen, z.B. durch EFI, rund 120 ältere Menschen werden zu Seniortrainerinnen und Seniortrainern qualifiziert,
- gegen Altersdiskriminierung vorgehen, um Potenziale zu erschließen. Z .B. falsche Begriffe: "Vergreisung", "Altenlast".
- „Junge Bilder vom Alter“ mit Kindertageseinrichtungen und Schulen Handlungsempfehlungen zu Möglichkeiten der Vermittlung von realistischen Altersbildern, begleitend dazu: Themenworkshops über Leitbilder vom Alter z.B. in der Kommunalplanung, dem Wohnen, der Gesundheitsvorsorge. Kreativwerkstätten für Jung und Alt: gemeinsam mit Künstlern und Pädagogen neue Altersbilder gestalten.

3. Zusammenhalt der Generationen stärken

Weil sich die Proportionen zwischen den Generationen massiv verschieben, weil im Jahr 2020 aller Voraussicht nach etwa ein Drittel der über 65jährigen weder Kinder noch Enkel haben werden, müssen wir die Frage nach dem Zusammenleben der Generationen neu stellen. Das Land setzt darum einen neuen Schwerpunkt auf generationenübergreifende Projekte und Initiativen außerhalb der Familien.

Hier liegen erhebliche Potenziale für gegenseitige Hilfe, voneinander Lernen der Generationen.

Stichworte:

- Generationenreise von Minister Laschet Anfang September 2006: Ältere Menschen helfen Jüngeren als Mentoren, junge Menschen unterstützen Ältere im Stadtteil, Erwachsene tragen Wissen in Hauptschulen oder Jüngere zeigen Älteren den Umgang mit PC-Technik,
- MGFFI organisiert (in einer Reihe von "Werkstätten") den Erfahrungsaustausch zwischen diesen und weiteren Projekten, ist mit wissenschaftlicher Unterstützung dabei, Kriterien für "gute" Projekte und Ansätze, sowie für Unterstützungsbedarf zu entwickeln,
- in diesem Sommer Veranstaltung und Start Wettbewerb um die besten generationenübergreifenden Projekte,
- auch der Bund mit Mehrgenerationenhäusern. In NRW 54 insgesamt.

Potenziale mobilisieren und vergrößern, das klingt leicht ein wenig kriegerisch. So sollte es nicht verstanden werden. Es geht zum einen um Notwendigkeiten in einer alternden und langfristig schrumpfenden Gesellschaft.



Es geht zum anderen aber auch darum, jeder und jedem Einzelnen die Möglichkeit zur Teilhabe, zum Engagement, zum Erfolg zu eröffnen. Jugendlichen, Älteren, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Männern und Frauen. Die allermeisten sind schließlich froh, wenn ihre Potenziale erkannt, gefördert und gebraucht werden.

Beide Aspekte, der gesellschaftliche und der individuelle, schließen sich nicht aus, sondern sie ergänzen sich. An dieser Ergänzung müssen wir gemeinsam arbeiten. Gemeinsam, das heißt insbesondere auch zwischen Land und kommunaler Ebene.

Die Kommunen sind vom demografischen Wandel in direkter und vielfältiger Weise betroffen. Die Landesregierung sieht es als eine wichtige Aufgabe an, sie bei der Auseinandersetzung mit diesem Wandel zu unterstützen.

Auf beiden Ebenen, Land und Kommune, müssen die Weichen richtig gestellt werden und die Planungen und Vorhaben ineinander greifen. Je besser das gelingt, desto eher können wir die Potenziale im demografischen Wandel nutzen und vergrößern.

Alter als neue kommunale Gestaltungsaufgabe? Zwischen Altenhilfe und gemeinwesenorientierter Seniorenarbeit

Dr. Peter Zeman, *Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA)*, Berlin

- Ø Wie wichtig ist den Kommunen die Gestaltung des demografischen Wandels?
- Ø Was macht Kommunen als Lebensraum attraktiv?
- Ø Wachsende Anforderungen – steigendes Finanzierungsproblem
- Ø Alter wird zur kommunalen Gestaltungsaufgabe
- Ø Zukunftsorientierte Seniorenpolitik
- Ø Kommunale Altersgestaltung zwischen Differenzierung und Integration
- Ø Gestaltungsbedarf im „vierten Lebensalter“
- Ø Von der offenen Altenhilfe zur modernen Altenarbeit
- Ø Neue Perspektiven an der Schnittstelle von Seniorenpolitik und Engagementförderung

Wie wichtig ist den Kommunen die Gestaltung des demografischen Wandels?

Die sog. Bürgermeisterbefragung der Bertelsmann-Stiftung (eine repräsentative Befragung von Kommunen in Deutschland ab 10.000 Einwohnern) zeigt einen bemerkenswerten Befund: Über 72 % der Kommunen halten das Thema demografischer Wandel für „wichtig“ oder sogar für „sehr wichtig“. Aber nur 32 % behandeln das Thema auch mit der entsprechenden Priorität.

Dazu gehören insbesondere jene Kommunen, die bereits durch die Schrumpfung und Alterung ihrer Wohnbevölkerung massiv betroffen sind. Vor allem in Ostdeutschland gibt schon heute viele Kommunen und Landkreise, in denen kaum noch Kindergartenplätze nachgefragt werden, dafür aber um so mehr Altenpflegeeinrichtungen; es gibt Kommunen und Landkreise, in denen die öffentliche Infrastruktur nicht mehr ausreichend (und damit wirtschaftlich rentabel) genutzt wird, wo ganze Wohnkomplexe leer stehen und in denen – bei dauerhaft hoher Arbeitslosigkeit – zugleich ein Fachkräftemangel besteht. Vorreiter dieser Entwicklung sind vor allem Kommunen und Regionen in Ostdeutschland, aber es gibt sie auch schon in Westdeutschland – Tendenz steigend.

Nicht alle Kommunen sind zum gleichen Zeitpunkt und auf gleiche Weise betroffen. Im Gegenteil. Durch den demografischen Wandel verschärft sich die Ungleichheit zwischen deutschen Kommunen und Regionen.

In der Raumordnungsplanung wird daher längst nicht mehr vom Ziel „gleicher Lebensverhältnisse“ in Deutschland gesprochen, sondern „gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Zum Beispiel gibt es – häufig im selben Bundesland – Gewinner und Verlierer der Binnenwanderungen. Diese Wanderungen führen meist vom flachen Land in suburbane Gebiete und kommunale Ballungsräume. Binnenwanderungen folgen den Arbeitsplatzangeboten, aber auch dem Bildungsangebot und insgesamt der Suche nach Lebensqualität und Lebensperspektiven.

Was macht Kommunen als Lebensraum attraktiv?

Die Anziehungskraft einer Kommune oder einer Region als Lebensraum wird neben dem Arbeitsplatz- und Wohnraumangebot vor allem auch durch die Qualität und gute Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Daseinsvorsorge bestimmt. Kommunale Lebensqualität durch eine gute Daseinsvorsorge ist aber auch besonders wichtig für den wachsenden Anteil derer, die in den Kommunen ihr Alter verbringen. Und damit haben sich über kurz oder lang sämtliche Kommunen und Landkreise auseinanderzusetzen.

Wachsende Anforderungen – steigendes Finanzierungsproblem

Mit dem Fortschreiten der demografischen Alterung wachsen einerseits die Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge, zugleich aber wächst auch die Finanzierungslücke. Denn mit der kommunalen Alterung und den Bevölkerungsverlusten gehen die kommunalen Einnahmen zurück, die Ausgabenlast aber steigt. Selbst der Rückbau überschüssiger und überdimensionierter Kapazitäten – leerstehende Gebäude, nicht ausgelastete öffentliche Einrichtungen und Infrastrukturen – bringt nicht nur Einsparungen sondern hohe zusätzliche Kosten mit sich.



Die Skepsis vieler Kommunen gegenüber den eigenen Möglichkeiten, den demografischen Wandel zu gestalten, ist verständlich. Denn häufig treffen die wachsenden Herausforderungen auf defizitäre Haushalte und der Spielraum für das kommunalpolitische Handeln ist durch hohe Schuldenlasten massiv eingeschränkt. In vielen Gemeinden existieren Haushaltssicherungskonzepte, die zur Reduktion auf gesetzlich vorgeschriebene kommunale Aufgaben verpflichten. Und eine Untersuchung aus dem Jahr 2006 belegt, dass von den dort befragten Gemeinden schon fast zwei Drittel keine freiwilligen Leistungen mehr anbieten.

Zwar müssen die Kommunen Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge ohnehin nicht selbst anbieten, sondern nur gewährleisten, dass es sie gibt. Wenn es der Kommune allerdings *nicht* gelingt, in ihrer Rolle als Planer, Koordinator und Moderator für ein ausreichendes und für jeden zugängliches Angebotsspektrum zu sorgen, führt dies zu Verschlechterungen der Lebensqualität vor Ort.

Lebensqualität ist ein sensibler Bereich, der materielle und immaterielle, objektive und subjektive, individuelle und kollektive Aspekte der Lebensbedingungen und ihrer Bewertung einschließt. Bei einer Verödung des öffentlichen Angebotsspektrums in der Kommune ist die Gefahr groß, dass sich objektive Angebotslücken mit negativen subjektiven Einschätzungen und Perspektiven in einer Abwärtsspirale wechselseitig verstärken und sich ein Klima der Hoffnungslosigkeit und Lethargie entwickelt. In stark schrumpfenden Kommunen sind nur 33 % der Befragten mit den Lebensbedingungen am Wohnort zufrieden, gegenüber 70 % in stark wachsenden Kommunen (ARL, 2006, S.5).

Alter wird zur kommunalen Gestaltungsaufgabe

Schon um solche Abwärtsspiralen zu vermeiden oder aufzubrechen, werden auf den demografischen Wandel gerichtete kommunale Gestaltungsaufgaben an Priorität gewinnen müssen. Und hier gibt es bereits viele Ansätze. Allerdings beziehen sie sich fast ausschließlich auf den Bereich der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik. Allerdings werden dabei viel zu selten systematische Bezüge zur

Neugewichtung des Alters in der Kommune hergestellt. Diese Bezüge gibt es natürlich in hohem Maße – ich nenne nur die Stichworte: Seniorenmarkt, Beschäftigung älterer Arbeitnehmer, Lebenslanges Lernen, Rolle der Älteren in der Familie und anderen Generationenbeziehungen – als Empfänger von Unterstützungsleistungen, aber mindestens ebenso sehr als Geber.

Ein großer und zukünftig wachsender Handlungsbedarf liegt aber auch in der Gestaltung des Alters selbst. Und diese Aufgabe bedarf einer integrierten Sichtweise auf die Probleme und Potenziale der älteren Menschen in der Kommune. Alter als kommunale Gestaltungsaufgabe wird sich daher zunehmend an zwei Kernzielen orientieren müssen: (1) Der Sicherung der erforderlichen Rahmenbedingungen für ein „gutes Alter“ im sozial-räumlichen Kontext des Gemeinwesens, des Quartiers, der Nachbarschaften. (2) Der Mobilisierung und Nutzung der Eigenpotenziale des Alters im Sinne von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement. Ob die Herausforderungen des demografischen Wandels den Kommunen über den Kopf wachsen, wird in Zukunft nicht nur davon abhängen, ob es ihnen gelingt, für Jüngere attraktiv zu bleiben, sondern auch ob sie es verstehen, Voraussetzungen für eine zufriedenstellende Altergestaltung zu schaffen.

Sicherlich ist die Gestaltung des Alters zu allererst eine individuelle Aufgabe. Allerdings hängt die Gestaltbarkeit des Alters nicht nur von individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten ab, sondern ganz entscheidend auch von den sozialräumlichen Kontextbedingungen, den Infrastrukturen und Angeboten – dort, wo die Menschen leben. Die Fähigkeit der Menschen ihr Alter lebenswert zu gestalten, entsteht in einer Wechselwirkung zwischen Individuum und Kontext. Der Part der Kommune bei der Gestaltung des Alters liegt darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Bürgern ermöglichen, im Alter möglichst lange ein aktives, selbstständiges Leben zu führen. Dies ist nicht wirklich neu.

Neu ist jedoch, in der Zunahme des Anteils der Älteren nicht nur den wachsenden Versorgungsbedarf zu sehen, sondern einen Gestaltungsbedarf zu erkennen, der über das institutionelle Versorgungssystem hinaus geht, das jeweilige sozialräumliche Umfeld einbezieht und weit stärker auf präventive, aktivierende und ermöglichende Maßnahmen und Strukturen setzt. Neu ist vor allem auch, dass die Älteren dabei nicht nur als Patienten, Klientel oder Kunden angesprochen werden können, sondern als Mitgestalter des Alters in der Kommune. Die neue kommunale Gestaltungsaufgabe liegt nicht nur darin, die Älteren bei der selbstverantwortlichen Gestaltung ihres individuellen Alters zu unterstützen, sondern sie als bürgerschaftliche Akteure in die Entwicklung von Angeboten, Leistungen und Strukturen einzubeziehen, die ein „gutes Alter“ in der Kommune ermöglichen.

Zwar wird die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in der bereits zitierten Bürgermeisterbefragung als eines der wichtigsten Handlungsfelder genannt, nur 55 % der Befragten geben jedoch an, dass es in ihrer Kommune eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik gibt. Dabei sind allerdings die Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen erheblich: 88 % der großen Städte (ab 100.000 Einwohner), aber nur 45 % der kleinen Kommunen (10.00 bis 20.000 Einwohner) betreiben eine solche Politik. (Bertelsmann Stiftung, 2005). Wie aber kann die Gestaltung des Alters als kommunale Aufgabe gelöst werden ohne eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik?

Zukunftsorientierte Seniorenpolitik

Was kennzeichnet eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik? Es gibt sicherlich Konsens, dass es sich dabei um etwas anderes handelt als traditionelle Altenhilfepolitik. Das ist auch so. Aber nicht primär, weil Seniorenpolitik die jungen Alten stärker ins Auge fasst, sondern weil sie generell ein differenziertes Altersbild

zugrunde legt und auf die Vielfalt unterschiedlicher Lebenslagen im Alter, die unterschiedlichen Bedürfnisse und Probleme – aber eben auch auf die unterschiedlichen Ressourcen und Potenziale der älteren Menschen Bezug nimmt.

Zukunftsorientierte Seniorenpolitik verweigert sich den sozialen Problemen alter Menschen, wie sie im Sozialgesetzbuch definiert werden, keineswegs. Aber sie geht weit über den Geltungsbereich des SGB XII hinaus und weist querschnittliche Bezüge zu Fachpolitiken auch jenseits des Sozialwesens auf.

Der Kernbereich einer Gestaltung des Alters als kommunale Aufgabe entsteht zweifellos in der Verknüpfung von pflegepolitischen, wirtschaftspolitischen und engagementpolitischen Fragestellungen. Allerdings sind in ein umfassenderes Gestaltungskonzept weitere fachpolitische Felder einzufügen: Gesundheitspolitik, Wohnungspolitik, Verkehrspolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, Integrationspolitik, Verbraucherschutzpolitik... Für alle diese Politikfelder spielt die Alterung der Bevölkerung mittlerweile eine Rolle und jedes dieser Politikfelder ist daher bei der Gestaltung des Alters in der Kommune systematisch zu berücksichtigen. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik ist überdies in doppelter Weise prozessorientiert, denn die Probleme und Ressourcen des Alters verändern sich einerseits im individuellen Altersverlauf, andererseits von Altersgeneration zu Altersgeneration.

Kommunale Altersgestaltung zwischen Differenzierung und Integration

Die Kommune kann ihren Beitrag zur Gestaltung des Alters nur dann wirkungsvoll leisten, wenn sie ein differenziertes Spektrum von Leistungen und Angeboten entwickelt. Die kommunale Angebotspalette folgt dieser Erkenntnis bereits seit Langem, wenn auch immer noch mit einer Schlagseite zu einerseits versorgenden und betreuenden, andererseits unverbindlich unterhaltenden und geselligkeitsorientierten Angeboten. Es fragt sich also, ob trotz der bereits vorhandenen Differenzierung, die wachsende Vielfalt der Bedürfnisse und Potenziale des Alters in der Kommune bereits ausreichend angesprochen wird. Dies auch unter dem Gesichtspunkt der Offenheit und Flexibilität, die sich mit den Stichworten „Zukunfts- und Entwicklungsorientierung“ verbindet.

Andererseits wird bei fortschreitender Differenzierung des Angebotsspektrums die Integration der fragmentierten Aufgabenfelder zu einer Steuerungsaufgabe mit eigenem Rang. Hier ist die Kommune in ihrer Zuständigkeit für die planvolle und systematische Gesamtentwicklung von guten Rahmenbedingungen für die Lebensqualität im Alter gefordert. Auch Teilkonzepte, die sich vertieft dem „dritten“ oder dem „vierten“ Lebensalter zuwenden, stellen keine scharf voneinander zu trennenden Alternativen dar, sondern müssen in den Gesamtzusammenhang der kommunalen Altersgestaltung gebracht werden. Dennoch ist natürlich sinnvoll, dass sich mit diesen beiden Aufgabenbereichen eigene Schwerpunkte herausgebildet haben.

Die Altersphase hat sich im Lebenslauf so sehr ausgedehnt, dass heute oft versucht wird, sie mithilfe der Metaphern vom „dritten“ und „vierten“ Lebensalter in unterschiedliche Abschnitte zu unterteilen. Dies sind natürlich vergrößernde Verallgemeinerungen, da die körperlichen und psychischen Veränderungen im Alter vielfach graduell verlaufen. Zum anderen unterscheiden sich die älteren Menschen auch in ihren Biographien, Lebenslagen, Interessen und Kompetenzen. Die schon in früheren Lebensabschnitten bestehenden sozialen Unterschiede in der Bevölkerung setzen sich auch im Alter fort. Die Vielfalt des Alters ist also weit größer, als die Zuschreibungen „junge“ und „alte“ Alte unterstellen. Dennoch kann diese Unterscheidung eine Orientierungshilfe für die kommunale Altersgestaltung bieten.

Gestaltungsbedarf im „vierten Lebensalter“

Die Altersformen und Lebenssituationen der älteren Menschen sind über die ganze Spanne der Lebensphase „Alter“ sehr unterschiedlich. Hinzu kommt, dass sich die gesundheitliche, materielle und soziale Lage und insbesondere auch das Bildungsniveau von Alterskohorte zu Alterskohorte verbessert haben.

Dennoch sinkt mit zunehmendem Alter in der Regel die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit, während die Wahrscheinlichkeit chronischer und mehrfacher Erkrankungen, die Gefahr sozialer Isolation und Einsamkeit im Zuge der Verkleinerung des sozialen Netzwerks und des Verlusts nahe stehender Menschen und das Risiko eigener Hilfsbedürftigkeit wachsen. So kommt es besonders im hohen Alter oft zu einer Kumulation von Anforderungen, Verlusten und Belastungen.

Die individuelle Gestaltbarkeit des Alters hängt dann davon ab, ob sich dafür ausreichende Ressourcen mobilisieren lassen. Je geschwächter die persönlichen Potenziale, die soziale Netzwerkunterstützung und die verfügbaren finanziellen Mittel bereits sind, desto aufwendiger werden der Bedarf an unterstützenden Angeboten und an die Bereitstellung altersgerechter Infrastrukturen, Versorgungsangebote, Begegnungs- und Erholungsmöglichkeiten im Wohnumfeld.



Eine zukunftsorientierte Gestaltung des Alters als kommunale Aufgabe beinhaltet daher nicht nur die Sicherung von Verfügbarkeit und Erreichbarkeit notwendiger Unterstützungs- und Infrastrukturen, sondern auch den Versuch, durch die möglichst frühzeitige Stärkung der Selbsthilfepotenziale und die Unterstützung einer weitest möglichen Regeneration bereits geschwächter Selbsthilfefähigkeit die individuelle Gestaltungsfähigkeit zu erhalten. Dies bedeutet, der schon lange erhobenen Forderung nach mehr Prävention und Rehabilitation besser nach zu kommen, Prävention und Rehabilitation dabei jedoch nicht auf gesundheitliche und funktionelle Aspekte zu reduzieren, sondern die psycho-soziale Dimension mit einzuschließen. Es bedeutet aber auch, Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation alltagsnah mit dem sozialräumlichen Kontext, in dem die Menschen leben und in dem sie bleiben wollen zu verknüpfen.

Das konkrete Aufgabenfeld einer kommunalen Gestaltung des Alters in dieser Lebensphase ist groß und es ist bekannt: Zu den in Zukunft noch stärker nachgefragten Angeboten werden Haushaltshilfen und Reparaturdienste, Mobilitätshilfen, Besuchs- und Betreuungsdienste gehören. Aber auch zunehmend eine qualitätsgesicherte - und dennoch bezahlbare - pflegerische Rund-um-Versorgung im ambulanten Bereich, sowie lebensweltlich orientierte Angebote zur

Unterstützung und Entlastung pflegender Angehöriger. Besondere Anstrengungen werden dabei auf die wachsende Zahl Demenzkranker zu richten sein. Aber auch auf neue Zielgruppen wie ältere Migranten und ältere Behinderte.

Die erforderliche Differenzierung der Leistungen und Angebote schafft für die Kommune eine Gestaltungsaufgabe von eigenem Rang. Diese Aufgabe besteht in der gesamtplanerischen Entwicklung und in der Vernetzung fragmentierter Leistungen. Dabei geht es nicht nur darum, kostentreibende Überversorgung und Versorgungslücken aufzudecken, sondern auch die Nutzerorientierung zu stärken.

Gerade hochaltrige hilfsbedürftige Menschen haben spezifische Probleme, wenn sie auf ein schlecht koordiniertes Hilfesystem treffen. Sie sind besonders anfällig für Zugangsbarrieren eines schlecht koordinierten Versorgungssystems. Dabei kann vieles zusammenkommen: erschwerte Kommunikation durch Seh- und Hörstörungen, eingeschränkte Mobilität und Fähigkeit zur Bewältigung längerer Entfernungen und Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, allgemein geringere Belastbarkeit, erhöhter Zeitbedarf für Kommunikation, Informationsvermittlung und Behandlungsroutinen. Ein gegenüber jüngeren Menschen erschwerter Zugang zu Informationen führt zu größeren Schwierigkeiten, aus der häufig unübersichtlichen Vielzahl von konkurrierenden Angeboten, die angemessene Leistung für die eigene Problemkonstellation herauszufinden. Hinzu kommen für bereits hilfebedürftige Hochaltrige Probleme der Durchsetzung eigener Leistungsansprüche gegenüber den Kostenträgern kommen. Ein mit dem Alter wachsender Anteil von Menschen verfügt auch nicht über Angehörige oder Vertrauenspersonen, die hier intervenieren könnten. Entsprechende kommunale Gestaltungsaufgaben wurden längst formuliert, so etwa: die flächendeckende Einrichtung „Integrierter Beratungsstellen“ und eine trägerneutrale und übergreifende Beratung, die auch aufsuchend tätig wird. (Vgl. BMFSFJ, 2002)

Von der offenen Altenhilfe zur modernen Altenarbeit

Traditionellerweise vollziehen sich viele Aufgaben der kommunalen Altersgestaltung im Bereich der „offenen Altenhilfe“. Unter dem Eindruck des demografischen Wandels gibt es hier jedoch eine Entwicklung, die als Paradigmenwechsel hin zu einer modernen Altenarbeit bezeichnet wurde (Zeman, 1998).

Im Zentrum dieses Angebotsfeldes stehen die Begegnungsstätten für ältere Menschen. Oft wird gesagt, sie seien ein Auslaufmodell; nicht zuletzt auch, weil ihnen als „freiwilligen Leistungen“ immer mehr die Zuwendungen entzogen werden. Dennoch sind die Begegnungsstätten nach wie vor ein wichtiger Kontext, in dem soziale Wechselseitigkeit und Solidarität auch zwischen jungen und alten Alten und darüber hinaus in generationenübergreifenden Projekten gefördert werden können. Sie können für das dritte Lebensalter ebenso wie für das vierte einen hohen sozialpräventiven Wert haben und als eine Gelegenheitsstruktur für integrations- und identitätsstärkende Tätigkeiten dienen.

In dieser, in der Kommune meist seit Langem vorhandenen Struktur können sozial schwierige Alterssituationen gezielt flankiert werden. Hier ist es aber auch möglich, Kreativität, Produktivität und Engagement für eine aktive Altersgestaltung zu wecken. Ein entscheidender Aspekt liegt in der Einbettung in das sozialräumliche und lebensweltliche Umfeld, in den Stadtteil, den Kiez, das Quartier. Der Bedarf nach aktiver Altersgestaltung besteht gerade auch im so genannten dritten Lebensalter. Hier sind - nach dem Ende ihrer Erwerbstätigkeit und der Familienphase - viele Menschen auf der Suche nach neuen Tätigkeitsfeldern, die ihnen sinnvoll und nützlich erscheinen. Allerdings bedarf es gezielter Anstrengungen, die Begegnungsstätten für diese Zielgruppe zu öffnen – ohne die Nutzer im sog. vierten Lebensalter zu vernachlässigen.

Das Spektrum der Unterstützungsangebote zur Altersgestaltung ist im Bereich der sozialen und kulturellen – auch bildungsbezogenen – Altenarbeit besonders umfassend und bietet eine Fülle von Schnittstellen zu anderen Bereichen der gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge in der Kommune. Begegnungsstätten sichern den mit gemeinschaftlichen Altersaktivitäten verbundenen Bedarf an Räumen, Hilfsmitteln und personeller Flankierung. Sie können zugleich als Ausgangspunkt und Vermittlungsstelle für quartiersbezogene Angebote und Aktivitäten genutzt werden, beispielsweise wenn es um die Organisation und Durchführung von Informations- und Bildungsangeboten, um Freizeitaktivitäten, Gesundheitsförderung geht. Nicht zuletzt dienen sie der Förderung von Selbsthilfegruppen und der Mobilisierung und Nutzung von bürgerschaftlichem Engagement.

Vier miteinander eng verbundene Zukunftsfragen stellen sich für den Erhalt der sog. offenen Altenarbeit: (1) Wie kann die Qualität der Angebote und Einrichtungen in diesem Feld weiter verbessert werden und wie kann das Bild der Einrichtungen in der kommunalen Öffentlichkeit gerade gerückt werden? (2) Wie kann Bedürfnisgerechtigkeit und Zugang für das vierte Lebensalter gesichert werden? (3) Wie können neue Zielgruppen und engagierte Akteure im dritten Lebensalter gewonnen werden? (4) Wie lassen sich die Ressourcen der sozialen und kulturellen Altenarbeit in den Begegnungsstätten verbessern? Trotz des Finanzierungsdrucks in den Kommunen lassen sich alle diese Fragen lösen. Allerdings nur – und dies betrifft kommunale Gestaltungsaufgabe mit besonderer Bedeutung – durch die stärkere Mitgestaltung der Älteren selbst. (Vgl. Zeman, 2005)

Neue Perspektiven an der Schnittstelle von Seniorenpolitik und Engagementförderung

Ich komme zurück zu meinen einleitenden Überlegungen. Der demografische Wandel stellt neue Anforderungen an die Gestaltung des Alters in der Kommune. Zugleich aber gerät die kommunale Daseinsfürsorge immer mehr unter Finanzierungsdruck, und dies keineswegs nur bezogen auf die Rahmenbedingungen für ein „gutes Alter“. Auch die kommunale Ebene kann sich schon deshalb dem allgemeinen Wandel des Staatsverständnisses vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum vorsorgenden und aktivierenden Gewährleistungs- und Verantwortungsstaat nicht verschließen. Aktivierung, Gewährleistung und Verantwortung für die notwendigen Rahmenbedingungen bilden auch mit Blick auf das Alter den Kern der kommunalen Gestaltungsaufgaben. Die kritische Überprüfung des öffentlichen Leistungsumfangs ist auch hier unvermeidlich und führt häufig zur Schließung oder Privatisierung öffentlicher Angebote und Einrichtungen. Eine andere, in Deutschland bislang eher ungewohnte Perspektive setzt jedoch auf die zivilgesellschaftliche Mitgestaltung des Gemeinwohls (vgl. Olk, 2007). Dabei zeigt sich dann, dass die Älteren selbst ein großes Potenzial für die bürgerschaftliche Sicherung von Lebensqualität darstellen. Die Bedeutung der kommunalpolitischen Schnittfläche zwischen Seniorenpolitik und Engagementförderung wird noch völlig unterschätzt. Gerade an dieser Schnittfläche lohnt es sich jedoch, nach zivilgesellschaftlichen Potenzialen Ausschau zu halten, die zum Erhalt von kommunaler Lebensqualität im demografischen Wandel beitragen können (Zeman, 2007).

Das Triumvirat von Selbstständigkeit, Aktivität und Beteiligung bildet nicht nur individuell das Fundament für ein „gutes Alter“. Selbstständigkeit, Aktivität und Beteiligung der Älteren werden zugleich immer mehr zu wichtigen Bausteinen für eine positive Gesamtentwicklung von Kommunen unter den Bedingungen des demografischen Wandels. Noch fehlt es in den Kommunen jedoch häufig an Bewusstsein für die bürgerschaftlichen Potenziale des Alters und an Strategien, sie zu erschließen. Es ist absehbar, dass sich dies ändern wird.

Heute schon gibt es gute Beispiele dafür, wie verantwortungsbewusst und effektiv sich ältere Menschen in der Kommune engagieren. Dies kann soweit gehen, dass Ältere öffentliche Einrichtungen in Eigenregie weiterführen, die ansonsten geschlossen werden müssten, und es bezieht keineswegs nur auf selbstorganisierte Begegnungsstätten und altersbezogene Angebote aller Art, sondern geht über die Mitgestaltung eines „altenfreundlichen“ Gemeinwesens weit hinaus. Viele dieser aktiven Älteren verstehen sich als Verfechter eines an Nachhaltigkeit und generationenübergreifender Solidarität orientierten Engagements und wenden sich gerade auch den Jüngeren zu. Zukunftsorientierte Seniorenpolitik verfolgt das gleiche Ziel, sie strebt danach, „Altenfreundlichkeit“ mit der Herstellung guter Lebensbedingungen für alle anderen Altersgruppen in Einklang zu bringen.

Um die Lebensqualität in den alternden und schrumpfenden Kommunen zu sichern, sind zunehmend nicht nur Bündnisse zwischen Politik und Wirtschaft, sondern auch mit der Zivilgesellschaft gefragt. Viele kulturelle, gesundheitsfördernde und soziale Angebote von hohem Wert für die Lebensqualität der Bürger stehen bei wachsendem Finanzierungsdruck zur Disposition. Nicht immer ist Privatisierung ein Ausweg, insbesondere wenn Wirtschaftlichkeit und Zugänglichkeit für Gruppen mit geringer Kaufkraft in Einklang zu bringen sind und wenn die Kommune ihre Gestaltungskraft erhalten will (Olk, 2007).

Wenn Bürger sich im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge engagieren, geht es ihnen nicht nur um den Erhalt bestehender Angebote, sondern häufig auch um deren Verbesserung und Erweiterung (vgl. Breithecker, 2007). Dies gilt zunehmend auch für bürgerschaftlich engagierte Ältere. Allein schon der lange Atem, der gebraucht wird, um die selbstorganisierte Gestaltung und Mitgestaltung von Einrichtungen und Angeboten der kommunalen Daseinsvorsorge auch gegen Widerstände in den kommunalen Gremien durchzusetzen, zeigt, dass die Behauptung, bürgerschaftliches Engagement werde hier durch die Kommune „instrumentalisiert“ und als Ausfallbürge für öffentliche Leistungen missbraucht, häufig an der Wirklichkeit vorbeigeht. Allein das bemerkenswerte Streben, Angebote nicht nur recht und schlecht weiterzuführen, sondern bedürfnisgerecht zu erweitern und qualitativ zu verbessern spricht gegen die Instrumentalisierungsthese. Und der Generalverdacht, freiwilliges Engagement führe zum Abbau von beruflichen Arbeitsplätzen ist unbegründet, da in vielen Fällen bezahlte Arbeitsplätze nur im Rahmen von bürgerschaftlich organisierten und mitgetragenen Einrichtungen erhalten werden können. Überdies wissen wir, dass die strukturelle Sicherung der Nachhaltigkeit des Engagements ohne professionelle Unterstützung (etwa durch qualifizierte Beratung, Moderation und Vernetzung mit wichtigen Kooperationspartnern) nicht möglich ist. Auch dies kann Arbeitsplätze sichern.



Weil es unterstützender Strukturen bedarf, ist Engagement nicht umsonst zu haben, selbst wenn es gleichzeitig zu Kostensenkungen führt. Immer aber entsteht ein reicher Mehrwert, wobei der Hauptgewinn vermutlich in einem Zuwachs von Lebensqualität und Lebenszufriedenheit aller Beteiligten liegt. Bürgerschaftliches Engagement stärkt die Identifikation mit dem Gemeinwesen und kann es durch Mitverantwortung und kreative Mitgestaltung vitalisieren. Dies alles dokumentiert die positive Bindung der Bürger an ihren Wohnort und wird im Wettstreit der Kommunen um Zuwanderung zu einem wertvollen Beleg von „Standortqualität“.

In der traditionellen kommunalen Sozialpolitik sind ältere Menschen primär eine Bevölkerungsgruppe mit wachsendem Versorgungs- und Pflegebedarf. Ein Großteil ist in jedoch jeder Hinsicht fit und möchte sich dies durch sinnvolle, anregende und befriedigende Aktivitäten möglichst lange erhalten. Hier können präventionspolitische Strategien der Kommunen ansetzen. Ein starker Motor vieler älterer Menschen ist aber auch das Bedürfnis, vorhandene Zeit, Kraft und Fähigkeiten nicht brach liegen und verkümmern zu lassen, sondern für andere Menschen und für das Gemeinwohl einzusetzen und damit auch das eigene Leben durch neue Erfahrungen und soziale Kontakte zu bereichern. Dies ist der Hauptansatzpunkt für engagementpolitische Konzepte.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass gerade unter den „jungen Alten“ die Engagementbereitschaft stark zugenommen hat und weiter zunimmt (Gensicke, Picot & Geiss). In aktuellen Modellprogrammen und -projekten wie „Erfahrungswissen für Initiativen“ EFI (www.efi-programm.de) und „Selbstorganisation älterer Menschen“ SÄM (Breithecker, 2007) bestätigt sich, wie wirkungsvoll, zielgerichtet und verantwortungsbewusst sie ihr Engagement einbringen. Die Beispiele zeigen aber zugleich, dass die Kommunen sich dafür auch öffnen müssen. Die breite und nachhaltige Entwicklung einer kommunalen Kultur des bürgerschaftlichen Engagements Älterer bedarf der politischen und administrativen Unterstützung vor Ort. Hier eröffnet sich daher eine weitere neue und besonders zukunftssträchtige Gestaltungsaufgabe für die Kommune.

Literaturhinweise

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2005). Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Positionspapier Nr. 69. Hannover.
- Bertelsmann Stiftung (2005). Aktion demografischer Wandel, Kommunen und Regionen im demografischen Wandel – Bürgermeisterbefragung 2005. Gütersloh. 23. März 2005. (www.aktion2050.de)
- Breithecker, R. (2007). Was Seniorinnen und Senioren in ihren Kommunen leisten: Erste Ergebnisse des Modellprojekts „Selbstorganisation älterer Menschen“. In: Informationsdienst Altersfragen, 34 Jg., Heft 2, S. 9-13.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002). Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Download: <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=18370.html>
- Olk, T. (2007). Bürgergesellschaft und Engagement älterer Menschen – Plädoyer für einen Welfare-Mix in der kommunalen Daseinsvorsorge. In: Informationsdienst Altersfragen, 34 Jg., Heft 2, S. 5-8.
- Zeman, P. (1998). Soziale Altenarbeit – Aktuelle Orientierungen und Strategien. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Vol. 31, Nr. 5, S. 313-318.
- Zeman, P. (2005). Selbstorganisation in der Altenarbeit. In: Braun, J., Kubisch, S. & P. Zeman (Hrsg.): Erfahrungswissen und Verantwortung. Köln: ISAB.
- Zeman, P. (2007). Bürgerschaftliche Beiträge Älterer zur Lebensqualität in alternden und schrumpfenden Kommunen. In: Informationsdienst Altersfragen, 34 Jg., Heft 2, S. 2-4.

Zukunft des Alters in den Kommunen

Marita Gerwin, Stadt Arnsberg, Koordinationsstelle Zukunft Alter

Die Zukunft des Alters in den Kommunen Eine Gestaltungsaufgabe in einer Gesellschaft des langen Lebens

**Fachtagung des Ennepe-Ruhr-Kreises
in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut
Geragogik e.V. am 21.2.2007 im Forschungs-
und Entwicklungszentrum Witten (FEZ Witten)
Referentin: Marita Gerwin- Stadt Arnsberg**

Arnsberg – eine Stadt für die Menschen aller Generationen



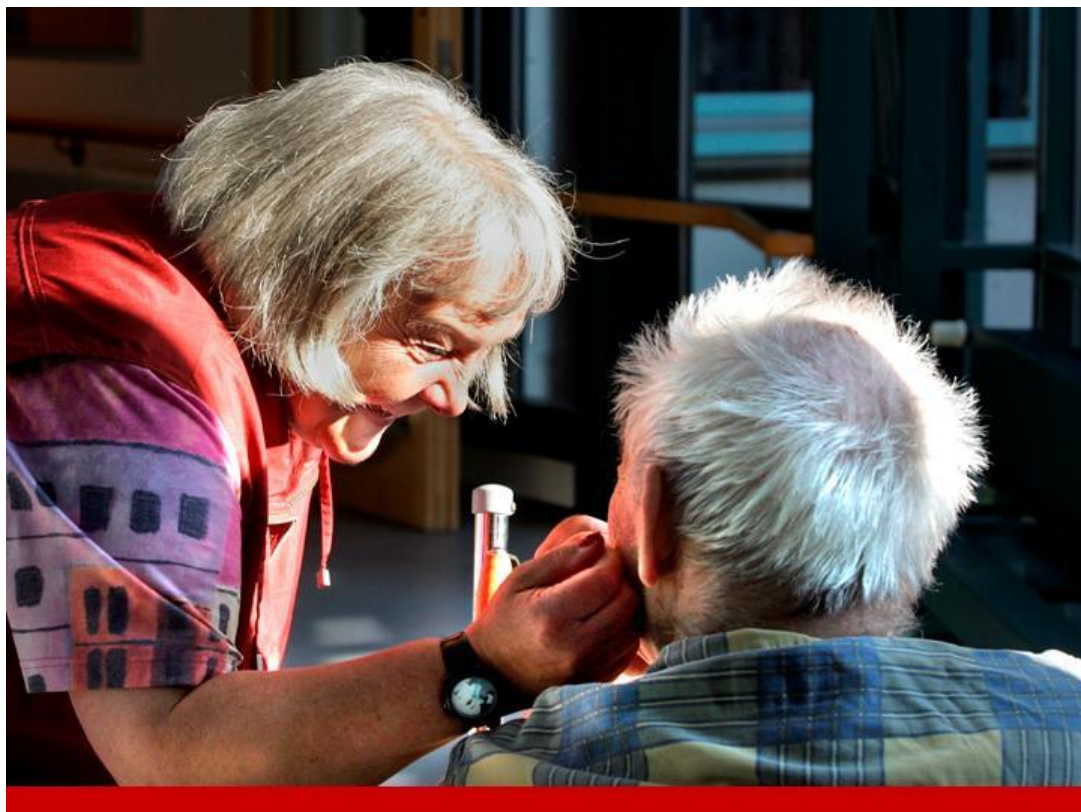
Bürgergesellschaft einbeziehen

- Die demografischen Entwicklungen müssen Thema sein für den Einzelnen und für die Stadt in ihrer Doppelgestalt als politische Kommune und als zivilgesellschaftliche Bürgerkommune.
- Den demografischen Wandel allein zum Thema der politischen Kommunen zu machen, entspricht nicht den Herausforderungen des demografischen Wandels.
- Die politische Kommune neu zur Zukunftsagentur auf der einen und Unterstützungsagentur für die lokale und regionale Bürgergesellschaft auf der anderen Seite zu entwickeln, kommt der Größe der Herausforderung schon eher näher.
- Wir sind auf die Kreativität einer ganzen Stadt angewiesen. Deshalb haben wir in Amsberg das Thema als ständigen Punkt auf die Tagesordnung der Bürgergesellschaft gesetzt und damit zum Thema des zivilen Gestaltungs- und Lebensraumes unserer Stadt gemacht.



Handlungsmöglichkeiten vor Ort

- **Wir sind auf unsere eigenen schöpferischen Fähigkeiten angewiesen, um die demographischen Veränderungen zu gestalten und um den Gefahren und Konflikten zu begegnen, deren Ursachen wir weitgehend selbst in den letzten 30 Jahren gesetzt haben.**
- **Wir müssen uns in den Kommunen der neuen Wirklichkeit öffnen, sie anerkennen als die Welt, in der wir leben.**
- **Wir müssen in den Kommunen Lösungen und Strategien für die bereits eingetretenen und deutlich erkennbaren Wirkungen des demografischen Wandels entwickeln.**
- **Im Mittelpunkt der Strategie steht in Arnsberg eine nachhaltige Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger, neue Prioritäten der politischen Kommune und notwendige Zukunftsinvestitionen.**
- **Grundlage allen Handelns ist in Arnsberg die Kommunikation über die demographischen Veränderungen.**



Unser strategisches Ziel: Viele Köpfe denken lassen!

- **Individuelle und gesellschaftliche Anpassungsstrategien frühzeitig ermöglichen und daraus bürgerschaftliches Engagement anregen und unterstützen.**
- **Es geht darum, brachliegende Potenziale für die Gestaltung der demografischen Veränderungen vor Ort zu aktivieren.**



Unser Leitbild: Potenziale aktivieren, nicht diskriminieren

- **Der Erfindungsgeist der Bürgerinnen und Bürger und die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement kann nicht hoch genug eingeschätzt und gewürdigt werden.**
- **Kommunalpolitik und Verwaltung muss vielfältige Prozesse der Bürgerbeteiligungen anregen und unterstützen. Das bewirkt Leistungen und setzt enorme Ressourcen frei, über die eine politische Kommune nicht verfügt!**
- **Es entwickeln sich nachhaltig bürgerschaftliche Kräfte für die Gestaltung der demografischen Veränderungen.**
- **Um das bürgerschaftliche Potenzial zur Entfaltung zu bringen, organisieren wir in Arnsberg eine Stadt, deren Strukturen offen sind für Erfindungsreichtum aller Bürgerinnen und Bürger.**
- **Wir entwickeln Strukturen, die auf Beiträge der Menschen setzen und unbegrenzte Potenziale freisetzt.**



Verwaltungssteuerung und Verwaltungshandeln

- **Strategische Kompetenzen verbessern**
Die Stadtentwicklung wurde in Amsberg zu einer Zukunftsagentur weiter entwickelt.
- **Wichtige Programme und Maßnahmevorschläge an den Rat erfolgen auf der Grundlage langfristig orientierter Konzepte und Masterpläne, deren Umsetzung evaluiert wird.**
- **Dadurch wurden Transparenz und Qualitätssicherung hergestellt. Die demografischen Veränderungen bleiben damit ständig auf der Tagesordnung von Verwaltung und Rat.**

Verwaltung als Agentur der Bürgergesellschaft

- **Die Verwaltung in Amsberg wird immer mehr zur Agentur der Bürgergesellschaft entwickelt.**
- **Sie soll als Dienstleister bürgerschaftliches Engagement anregen, unterstützen und vernetzen. Insbesondere geht es um die Bildung lösungsorientierter Netzwerke und ihrer Unterstützung.**
- **Als Agentur hat die Amsberger Verwaltung in zwei Richtungen zu wirken: in Richtung engagementbereiter Menschen aller Generationen und in Richtung bestehender Institutionen und Organisationen, um deren Öffnung und Kooperationsbereitschaft mit anzustoßen und zu bewirken.**



Statement: Hans-Josef Vogel- Bürgermeister der Stadt Arnsberg

- **"Schon heute finden enorme freiwillige Leistungen zur Lösung gegenwärtiger demographischer Sachverhalte generationsübergreifend statt.**
- **Familien und verwandtschaftliche Netzwerke passen sich den Veränderungen an.**
- **Umfangreiche freiwillig erbrachte Pflegeleistungen für die Älteren, aber auch erhebliche freiwillige finanzielle Umverteilungen von Älteren auf Jüngere sind Beispiele dafür. („geponsert by Oma")**
- **Neue bürgerschaftliche Netzwerke treten an die Stelle nicht mehr vorhandener familiärer Netzwerke, wie z.B. Wohngemeinschaften, Patenschaften, Ersatz-Omas und -Opas**
- **Immer mehr ältere Menschen engagieren sich für sich und für die Stadt und tragen damit zu generationsübergreifenden Begegnungen bei.**
- **Diese und vielfältige andere Prozesse anzuregen und durch die Politik zu unterstützen, bewirken Antworten und Leistungen und setzen enorme Ressourcen frei, über die eine politische Kommune nicht verfügt.**
- **Es entwickeln sich nachhaltig bürgerschaftliche Kräfte für die Gestaltung der demographischen Veränderungen."**

Wir brauchen eine Gesamtstrategie für eine soziale Stadt, in der alle Generationen im Mittelpunkt stehen



Bürgermeister Hans-Josef Vogel: „Wir brauchen neue Bilder vom Alter“

Wamfried Dettling: „Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren.“

- Um das bürgerschaftliche Potenzial zur Entfaltung zu bringen, müssen wir Städte organisieren, deren Strukturen offen sind für den Erfindungsreichtum und das bürgerschaftliche Engagement aller Generationen.
- Wir müssen Strukturen entwickeln, die auf Beiträge der Menschen setzen und aus heutiger Sicht unbegrenzte Potenziale freisetzen.
- Das gilt in besonderer Weise für die Älteren, deren Ausgrenzung wir viel zu lange über negative oder irreführende Altersbilder, über gesetzlich oder gesellschaftlich sanktionierte Altersgrenzen und über sog. Frühverrentungsprogramme betrieben haben.

(Stichworte: nicht mehr innovativ, verdienter Ruhestand, Alterslast)





Ältere haben das Recht auf Teilhabe/ Partizipation!

Wir haben in der Vergangenheit ein Humanpotenzial großen Ausmaßes verschwendet!

Durch diese Einstellung **in unseren Köpfen** haben wir die Handlungsfelder für das Mehrgenerationen-Leben reduziert!

Das Mehrgenerationen-Leben ist auf kommunaler Ebene zu fördern durch

- die Kommunikation neuer Altersbilder
- die Bereitstellung neuer Verantwortungsrollen
- die Öffnung der Institutionen von Grund auf
- die Qualifizierungs- und Weiterbildungsprogramme
- die Bereitstellung von Räumen und logistische Unterstützung der Akteure



Wir müssen auch die enormen Leistungen der Familien wahrnehmen, anerkennen und unterstützen, die im Pflegebereich erbracht werden.

Dreiviertel der hilfs- und der pflegebedürftigen Menschen werden in Amsberg in der häuslichen Umgebung – in der Familie - von den Angehörigen versorgt!

Zu den Mehrgenerationen-Konzepten gehört in Amsberg deshalb auch das Aktionsprogramm „Gemeinsam für ein besseres Leben mit Demenz“, in das zukünftig nicht nur Familien und professionelle Dienstleister eingebunden sind, sondern auch verstärkt bürgerschaftlich engagierte Menschen, die sog. „Semi-Professionellen“ aller Generationen.

Wir müssen unsere Stärken in den Kommunen stärken!

Wir setzen auf die kommunalpolitische Willensbildung, die ernsthaft nachhaltige Mehrgenerationen-Konzepte als erklärtes Ziel definiert.

Wir brauchen Jung und Alt! Wir brauchen Menschen, die Verantwortung übernehmen über alle Generationen und Nationalitäten hinweg!
Das macht unsere Stadt so lebens- und liebenswert!





**„Wir brauchen eine neue Sicht der Dinge!
Politik redet vom „aktivierenden Staat
aber aktiviert vielfach nicht!“**

**Wir blockieren die Teilhabe älterer
Menschen und schaffen damit die
Probleme, die wir eigentlich lösen
wollen!“**

Bürgermeister Vogel

- Die neuen Rollen der Älteren im Leben der Stadt führen auch zu neuen Begegnungen der Generationen, zum gemeinsamen Lernen der Generationen und zu neuen Alltagssolidaritäten. Sie überwinden Vereinzelung und erhöhen die psychologische Produktivität einer Stadt des langen Lebens.

Alt und Jung

gemeinsam

auf dem Weg in die Zukunft



Allgemeine Erfolgsfaktoren- Kulturelle Faktoren

- **Selbstentfaltung ermöglichen**
- **Raum für selbständiges Handeln und Entscheiden schaffen**
- **An den Festlegungen der Ziele beteiligen**
- **Flexibilität des Zeitrahmens für bürgerschaftliches Engagement beachten**
- **Optionen zum jederzeitigen Wiederausstieg geben**
- **Mobilitätsbedürfnis im Engagement berücksichtigen**
- **Gruppen und Teams als Verstärker bürgerschaftlichen Engagements**
- **neue Solidaritäten untereinander**
- **Offene Netzwerke und Agenturen zur Initiierung und Unterstützung**
- **Öffnung der Institutionen für bürgerschaftliches Engagement der Älteren**
- **Räume/ Treffpunkte bereitstellen**
- **Weiterbildung/ Qualifizierung**
- **Aktivierende Führungsleistungen**



Kriterien für eine generationenfreundliche Stadt

- **Leitbild- bürgerschaftlich erarbeitet und kommuniziert**
- **Lokale Bildungsinitiative**
- **Verwaltungsübergreifende Planung und übergreifendes Handeln**
- **Nutzung des Erfahrungswissens Älterer in verschiedenen Handlungsbereichen**
- **Qualifizieren von „Unterstützern“ in Stadtteilen und Dörfern**
- **Ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten**
- **Bedarfsgerechte Betreuungs- und Versorgungsleistungen für Ältere und hilfsbedürftige Menschen**
- **Intensive Kooperationsbezüge zwischen Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Kirchen, Bildungsträgern, Schulen, Familienbildungsstätten, Seniorenvertretungen, Seniorenbüros, Unternehmen, Jugendämtern, Einrichtungen der Altenhilfe, Freiwilligenagenturen, Kindertageseinrichtungen, Seniorenwohnanlagen, Seniorenbegegnungsstätten**



Das Hauptkriterium ist die Nachhaltigkeit !

- **Ausreichende Kenntnisse über die Bedürfnisse und Lebenssituationen der einzelnen Generationen (z.B. durch Situationsanalysen, Evaluationen, Befragungen, wissenschaftliche Begleitforschungen etc.)**
- **Experimentelle Erprobung und Etablierung zukunftsorientierter, alternativer Wohnkonzepte, Unterstützung und fachliche Begleitung von Initiativen, Wohnbau-Vereinen, offene Zukunfts- und Planungswerkstätten**
- **Förderung des bürgerschaftlichen Engagements Älterer**
- **Öffnung von Einrichtungen und Institutionen für das Engagement Älterer**
- **Attraktive Treffpunkte und Angebote für Jung und Alt, generationsübergreifende Freizeit- und Kulturangebote**
- **Entwicklung und Unterstützung der Mehrgenerationenhäuser**
- **Partizipation bei der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes**
- **Kompetenzen und Bedürfnisse aller Generationen in den Blick nehmen**
- **Niederschwellige Angebote sicherstellen, leichter Zugang**
- **vor Ort gemeinschaftsfördernde Aktivitäten und Projekte entwickeln (z.B. Struwwelpeter-Ausstellung, Akademie 6 bis 99, Generationen verbinden- wissen, können, handeln, SENAKA- Seniorenakademie)**





Ein Auseinanderdriften der Generationen kann verhindert werden,

- wenn wir die Anpassung des Generationenvertrages an die Realitäten der Gesellschaft hinbekommen
- wenn wir die Ergänzung des Generationenvertrages erzielen um einen **Generationenvertrag des Lernens**, d.h. eines organisierten und gezielten Wissenstransfer von Alt zu Jung und umgekehrt in den unterschiedlichsten Kontexten sowie eines lebensbegleitenden Lernens (aktuell in Arnsberg: Akademie 6 bis 99, Neue Altersbilder und Verantwortungsrollen, e-Kompetenzen der älteren Generation und der Hauptschüler in Arnsberg- z.B. im Projekt: e-Tandem)
- wenn wir einen Generationenvertrag des bürgerschaftlichen Engagements hinbekommen
- wenn wir durch einen einfachen und niederschweligen Zugang die „digitale Kluft“ schließen durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (smart home-intelligente Haustechnik, Internetsnutzung, Mobilkommunikationen, lebenslanges Lernen mit e-Technologien und neuen Medien)
- wenn wir Partizipation am gesellschaftlichen Leben sichern.



Zukunft ist keine Schicksalsfrage!

**Zukunft wird von Menschen gestaltet,
die den Mut haben an sie glauben,
die kreative Ideen entwickeln und bereit sind
Veränderungen als Herausforderung zu
begreifen!**

**Dazu brauchen wir Bürgerinnen
und Bürger, die positiv denken und kreativ
handeln! Und zwar in allen Generationen!**



**Die Menschen in der Zweiten Lebenshälfte
verfügen über ein unschätzbare Kapital:**

ZEIT

Und Lust , diese sinnvoll zu nutzen.

Um Neues zu lernen –

Erfahrungen und Wissen weiterzugeben-

um sich in Wirtschaft und Gesellschaft zu

engagieren- zum Wohl für Jung und Alt!



Der demographische Wandel

**eine echte
Entwicklungschance
für Wirtschaft und Gesellschaft
eine Herausforderung
für jede Kommune**

**Nehmen Sie Ihre Zukunft
selbst in die Hand!**

Beginnen Sie jetzt!

**Es ist nie zu spät für den ersten Schritt
in die Zukunft in einer Gesellschaft
des langen Lebens!**



**Der eine wartet,
dass die Zeit sich wandelt,
der andere packt sie kräftig an
und handelt!**

Dante Alighieri

Fotos:

Julian Stratenschulte- Arnsberg
Barbara Anneser- Arnsberg
Uwe Künkenrenken- Arnsberg
Susanne Kern- Robert Bosch Stiftung Stuttgart
Marc Steinmetz- GEO Hamburg

Quellen:

Hans Josef Vogel: Europa – kommunal, Ausgabe 5/ 2006
Hans Josef Vogel: Öffentliches Expertengespräch am 1.2.2007
im Landtagsausschuss NRW
für Generationen, Familie und Integration

Weiter Informationen zu den Projekten und Konzepten

www.arnsberg.de

- **Bürgerservice**
- **Zukunft Alter**
- **Aktivitäten und Projekte**
- **Akademie 6 bis 99**
- **Patenschaften von Mensch zu Mensch**
- **Demographischer Wandel**
- **Stadtentwicklung**

Foren - 1. Pflege

Moderation: Julia Steinfert, FoGera e.V., Witten

Pflege als kommunale Aufgabe

Prof. Dr. Christel Bienstein, *Private Universität Witten-Herdecke gGmbH*



**Institut für Pflegewissenschaft
Private Universität Witten/Herdecke
gGmbH**

Pflege als kommunale Aufgabe

21.02.2007

Prof. Ch. Bienstein

© 2006



Herausforderungen der Zukunft

- **Demografische Entwicklung**
 - Zunahme älter Menschen
 - Abnahme jüngerer Menschen
 - Zunahme chronisch kranker Menschen
- **weniger beruflich Pflegende**
- **begrenzttes Finanzvolumen**
- **Veränderung der Lebens- und Familienstrukturen**

© 2006



Demografischer Wandel

- **Kinderzahl pro Frau in Deutschland 1,37**
 - Konstante Bevölkerungsentwicklung benötigt 2,3 Kinder
- **2000 – 2020 Verlust von 620.000 Menschen vorausgesetzt es kommen jährlich 230.000 Migranten**
- **2050 jeder 3. Bürger über 60 Jahre**
- **Kritische Beschleunigung zwischen 2010 – 2030**
 - 2010 (100 Erwerbstätige / 46 Rentner)
 - 2020 (100 Erwerbstätige / 55 Rentner)
 - 2030 (100 Erwerbstätige / 71 Rentner)

(Quelle Statistisches Bundesamt 2004)

© 2006



Gesundheit erhalten und Pflegebedürftigkeit vermeiden

Pflege-“bedürftigkeit“ definiert sich durch die Bedürfnisse des Menschen, die über das allgemein benötigte Maß von Pflege hinausgehen.

Pflegebedürftigkeit bedeutet nicht in jedem Fall, dass externe Unterstützung benötigt wird.

© 2006



Pflegebedürftige in der BRD

- **16,5 Mill. Menschen** bedurften der Pflege in Krankenhäusern (2004) 2 Mill. der Intensivpflege
- **3 – 4 Mill. Menschen** bedürfen der kontinuierlichen Pflege (4 – 5% der Bevölkerung)
- **2,1 Mill. Menschen** beziehen Leistungen der Pflegeversicherung
 - davon werden 1,45 Mill. zu Hause gepflegt

© 2006



Pflegende in der BRD(2004)

- **Pflegende Angehörige**
 - ca 2,5 Mill. Menschen
- **Beruflich Pflegende**
 - 1,1 Mill. Pflegende
 - davon 800.000 mit 3-jähriger Pflegeausbildung (entspricht 1% der Bevölkerung)

© 2006



© 2006



Wie sind wir auf die Veränderung vorbereitet?

- **Häusliche Pflege**
 - Angehörige
 - Angehörige und Pflegedienste
- **Stationäre Pflege**
- **Kurzzeitpflege**
- **Tagespflege**
- **Niederschwellige Angebote**

© 2006



Mangelernährung

- **Bis zu 17 % der Altenheimbewohner in Bremen verfügen über eine PEG**
(Meyer, Köpke 2005)
- **Mehr als 50% der Menschen in Alteneinrichtungen leiden an Mangelernährung**
- **Immer weniger Aufmerksamkeit erfährt die Ernährung in Krankenhäusern**

© 2006



Was uns fehlt?

- **unzureichende Daten vorhanden**
- **Einschätzungsinstrumente fehlen**
- **Integrierte Versorgung unterentwickelt**
- **Pflegende Angehörige erhalten zu wenig Unterstützung**
- **Pflegebedürftige haben einen schwierigen Zugang zur Rehabilitation**
- **Prävention nur ein Randangebot**

© 2006



Erste Stewardessen 1930 Krankenschwestern



© 2006



Der Beitrag der Pflege in der kommunalen Gestaltung

- **Familien- und Gesundheitspflege**
 - Schoolnurse/ Familienzentren
 - Begleitung von verletzlichen Gruppen
- **Genesungshotels**
- **Tandempraxen**
- **Niederschwellige Unterstützungsangebote /Kümmerer**
- **Pflegeberatung im Quartier**
- **Aufbau neuer Wohnformen**

© 2006



Wohnformen im Wandel

- **Wohngruppen in stationären Alteneinrichtungen**
- **Selbstorganisierte und gemeinschaftliche Wohnprojekte**
- **Integriertes Wohnen**
- **Mehrgenerationenwohnen**
- **Altendorf**
- **Betreute Wohngemeinschaften**
- **Hausgemeinschaften**
- **Ambulant betreute Wohngemeinschaften**

© 2006



© 2006



Erster Gang ins Wohnzimmer



Normale Nahrungsaufnahme

© 2006



Aktives Mitglied in der WG, Gewichtszunahme



Charta der Rechte hilfs- und pflegebedürftiger Menschen

- Artikel 1 : Selbstbestimmung und Hilfe zur Selbsthilfe**
- Artikel 2 : Körperliche und seelische Unversehrtheit, Freiheit und Sicherheit**
- Artikel 3 : Privatheit**
- Artikel 4 : Pflege, Betreuung und Behandlung**
- Artikel 5 : Information, Beratung und Aufklärung**
- Artikel 6 : Kommunikation, persönliche Zuwendung und Teilhabe an der Gesellschaft**
- Artikel 7 : Religion, Kultur und Weltanschauung**
- Artikel 8 : Palliative Begleitung, Sterben und Tod**

(Runder Tisch Pflege: BMG / BMJFSF 2003 – 2005, Berlin)



Adressen

Ambulant betreute Wohnform	www.zip-ev.org
Charta	www.dza.de
Neues aus der Pflegewissenschaft	www.uni-wh.de/pflege
Dialog Zentrum Demenz	www.dialog-zentrum-demenz.de
Stiftung Pflege	www.stiftung-pflege.de
Enquetebericht	www.landtag-nrw.de
Nationale Expertenstandards	www.dnqp.de

© 2006



© 2006

Pflege - Handlungsanforderungen aus der Sicht des Ennepe-Ruhr-Kreises

Dr. Jürgen Brückner, *Ennepe-Ruhr-Kreis*, Schwelm

Die Besonderheiten des EN-Kreises

Die Notwendigkeit, den zukünftigen Herausforderungen des Pflegesystems gerecht zu werden, stellt sich im Grunde flächendeckend in allen bundesdeutschen Kommunen. Dennoch gibt es hier keine Patentrezepte oder fertige Handlungsprogramme, die überall zum Einsatz kommen können. Vielmehr muss an den spezifischen Besonderheiten der jeweiligen Region oder Kommune angesetzt werden. Für den Ennepe-Ruhr-Kreis sind die folgenden:



- § Der Prozess der Alterung ist im EN-Kreis bereits weit fortgeschritten, die Zahl der älteren Bürger überproportional hoch, die der Kinder und Jugendlichen sehr niedrig.
Die Altersstruktur im Kreis ähnelt eher der einer Großstadt im Ruhrgebietskern, nicht einem Ballungsrandkreis.
Symptomatisch: im Jahr 2005 war die Geburtenquote im EN-Kreis die niedrigste aller 54 Kreise und kreisfreien Städte in NRW
- § In einem Kreis ist das Gefüge von Zuständigkeiten und Akteuren komplexer und komplizierter als in einer kreisfreien Stadt. Die kommunale Rolle muss zwischen Kreis und kreisangehörigen Städten abgestimmt und definiert werden; auch dabei ist kein Kreis wie der andere.
- § Im Ennepe-Ruhr-Kreis gibt es historisch gewachsene Angebots- und Trägerstrukturen in der Altenhilfe die bei allen Überlegungen berücksichtigt werden müssen.

Im Folgenden soll dargestellt werden, wie in diesem Kreis mit der Herausforderung „Weiterentwicklung der Pflegesystems“ umgegangen wird und umgegangen werden soll.

Dabei wird nicht der Anspruch auf besondere Originalität erhoben. Letztlich stehen überall die gleichen Themen auf der Tagesordnung; es gilt, den besonderen Umständen in der jeweiligen Region durch den richtigen Mix von Prozessbausteinen und inhaltlichen Ansatzpunkten gerecht zu werden.

2. Kreispolitische Weichenstellungen

Letztlich ist die Arbeit an den Strukturen von Altenhilfe und Pflege ein laufender ständiger Prozess. Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat allerdings - insbesondere auch angestoßen durch die Novellierung des Landespflegegesetzes und die damit geschaffene Marktöffnung - in den Jahren 2004/2005 eine Diskussion über die Zukunft des Pflegesystems initiiert. Dabei wurden die kreisangehörigen Städte, die Verbände und die Pflegekonferenz einbezogen. Auf dieser Grundlage hat der Kreistag im Dezember 2005 einen Grundsatzbeschluss zur Weiterentwicklung der Altenhilfe im Ennepe-Ruhr-Kreis gefasst, der eine grundsätzliche Positionierung (ambulant vor stationär, Unterstützung der Häuslichkeit, Heimunterbringung nur soweit es von den persönlichen Voraussetzungen her unabdingbar ist) beinhaltet und einen systematischen Planungsprozess vorsieht.

Weiterentwicklung der Altenhilfe **im EN-Kreis**

Kreistagsbeschluss vom 15.12.2005

Prozessbausteine:

- Analyse/Prognose/Szenarien
– Positionierung

- Aufbau eines Steuerungssystems
an der Schnittstelle Kreis/Städte

- Weiterentwicklung der Angebots-/
Versorgungssituation:
Handlungsfelder

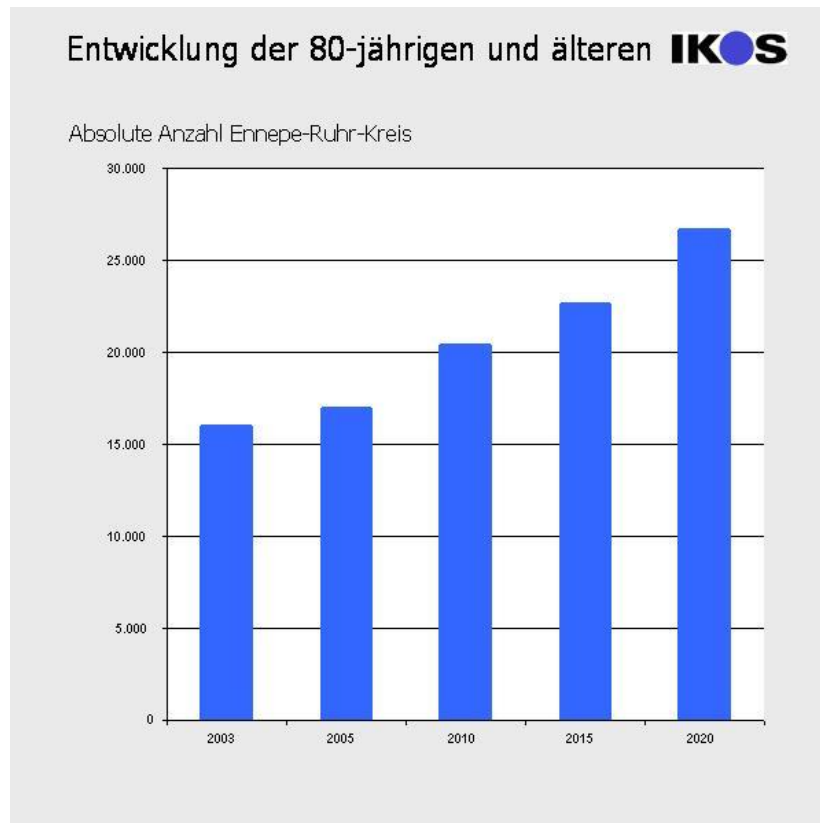
Daran wird zurzeit Schritt für Schritt - aus personellen Gründen leider manchmal zu langsam - gearbeitet.

3. Analysen / Prognosen / Szenarien

In einem ersten Arbeitsschritt sind unter Einbeziehung eines Beratungsunternehmens die entsprechenden Daten aufbereitet worden und Szenarien zur zukünftigen Entwicklung von Pflege im Ennepe-Ruhr-Kreis dargestellt worden. Dies um die Handlungsnotwendigkeit näher zu begründen und die grundsätzliche Positionierung zu untermauern.

Die Ergebnisse dieses Arbeitsschrittes sollen im Folgenden stichwortartig skizziert und präsentiert werden:

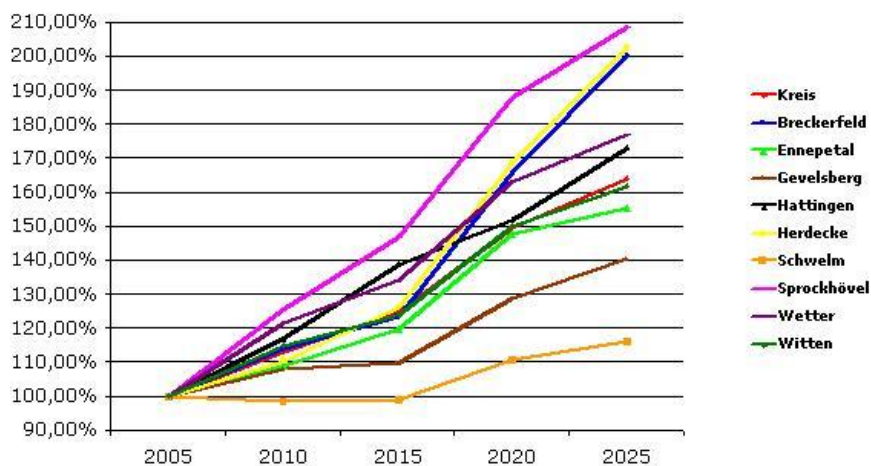
§ Steigerung der Zahl der Hochbetagten (80+) um ca. 77 % bis 2020 zu erwarten;



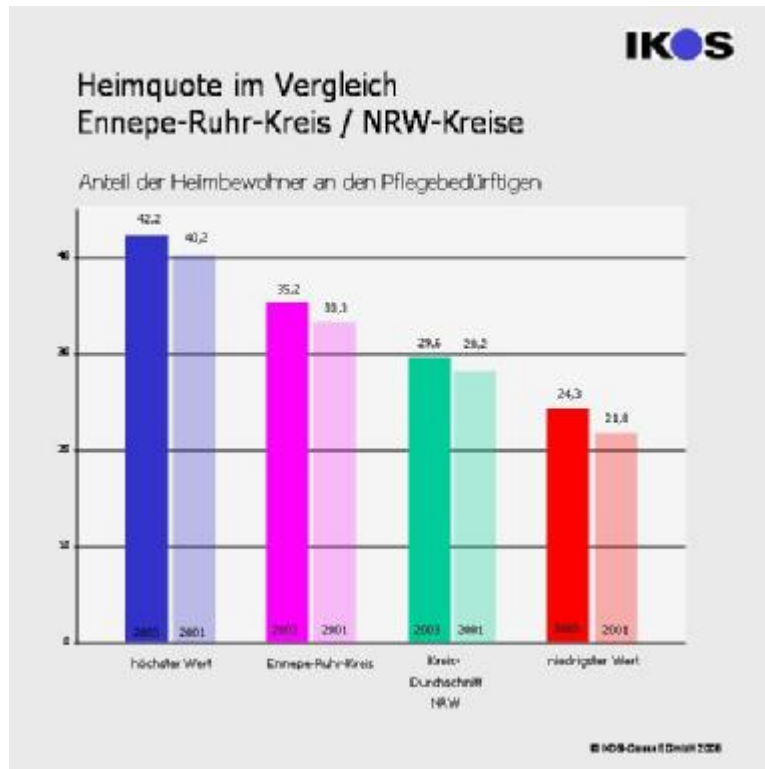
§ breite Streuung der Entwicklung in den einzelnen Städten des Kreises um den Kreisdurchschnitt herum; insbesondere in den Städten, die in den letzten Jahrzehnten starke Zuzugsgewinne hatten, wird der Alterungsprozess, ausgehend von einer niedrigen Basis, stark zunehmen; Konsequenz: es muss sehr stadt-spezifisch gehandelt werden;



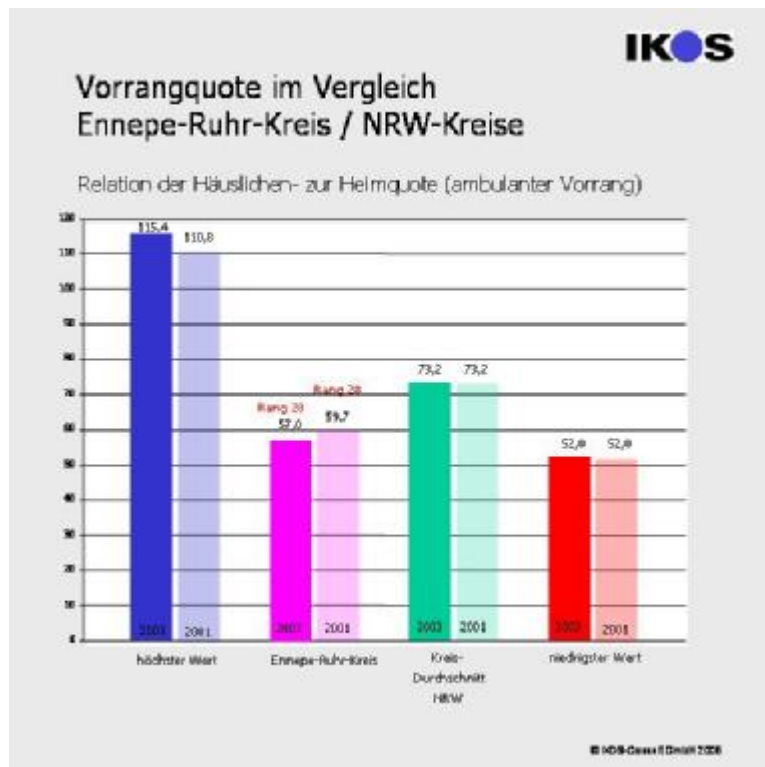
Bevölkerungswachstum 80+ Städte und Kreis



§ der Ennepe-Ruhr-Kreis hat bereits jetzt eine relativ hohe Heimquote

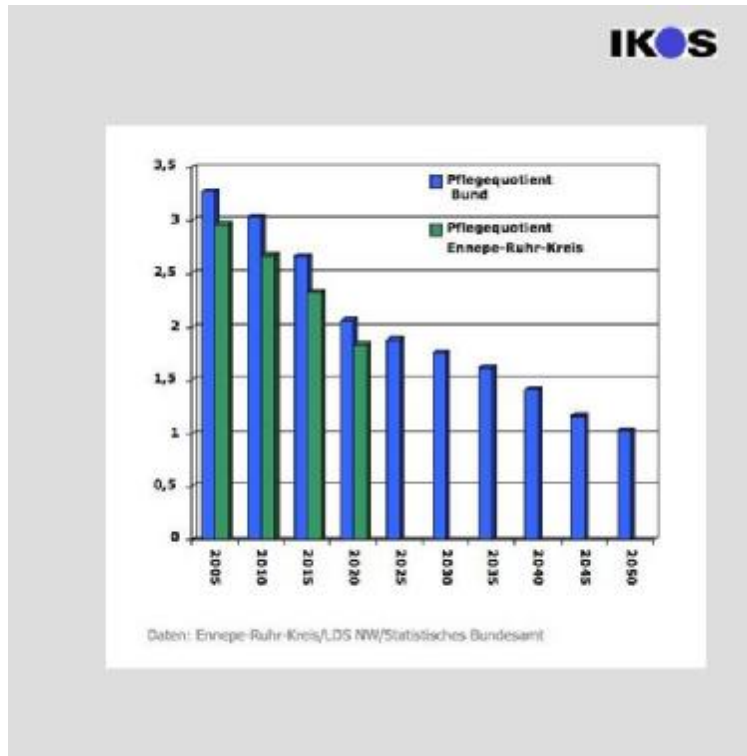


und spiegelbildlich dazu ist die Quote ambulanten/häuslichen Vorrangs eher gering



§ der sog. ‚Pflegequotient‘, der das Verhältnis der in der Regel pflegenden Frauen der Altersgruppe 40 - 60 Jahre zu den Hochbetagten (80+) darstellt und ein

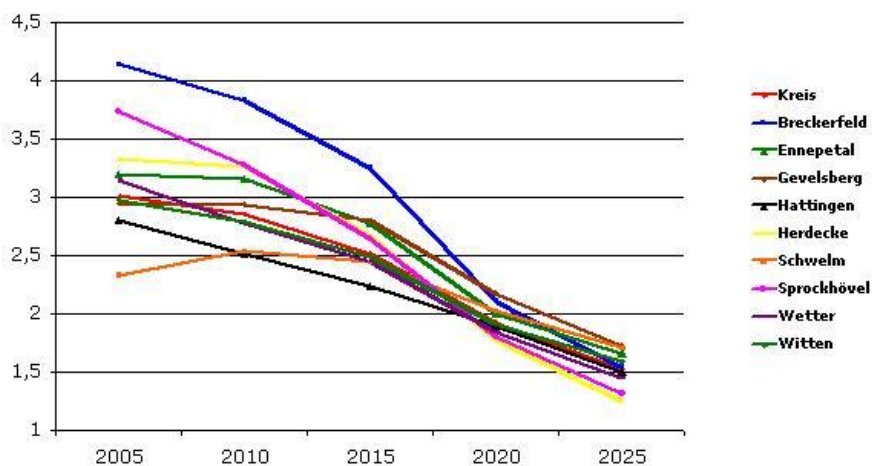
Hinweis auf das Selbsthilfepotential ist, wird im Ennepe-Ruhr-Kreis wie im Bund insgesamt drastisch abnehmen; dabei liegt der Kreis im Niveau jetzt schon deutlich unter dem Schnitt; insbesondere dieser zentrale Indikator verdeutlicht den hohen Handlungsdruck;



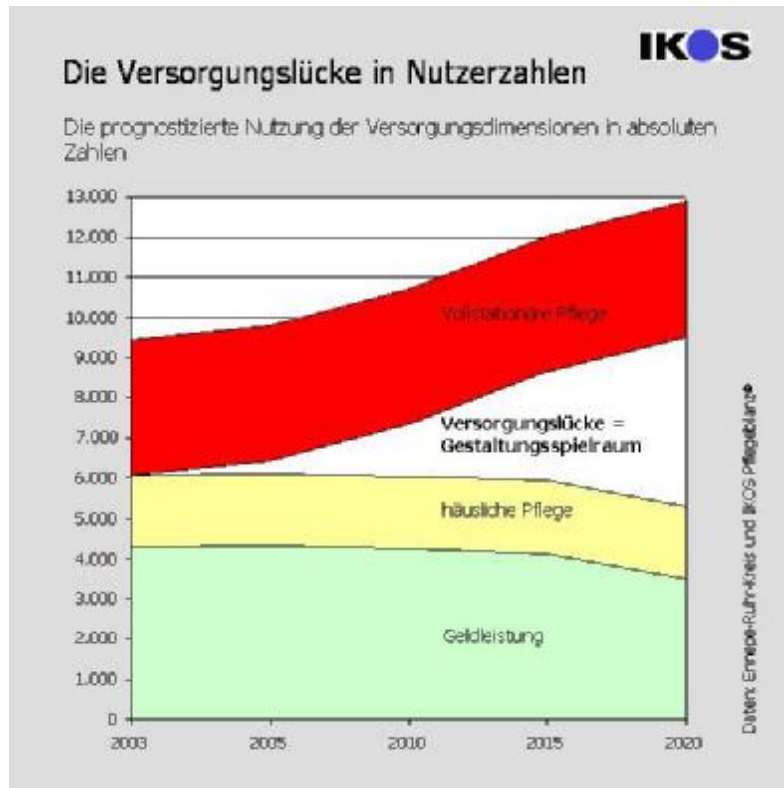
§ auch bei der Entwicklung des Pflegequotienten zeigen sich wieder die starken Unterschiede zwischen den Städten;



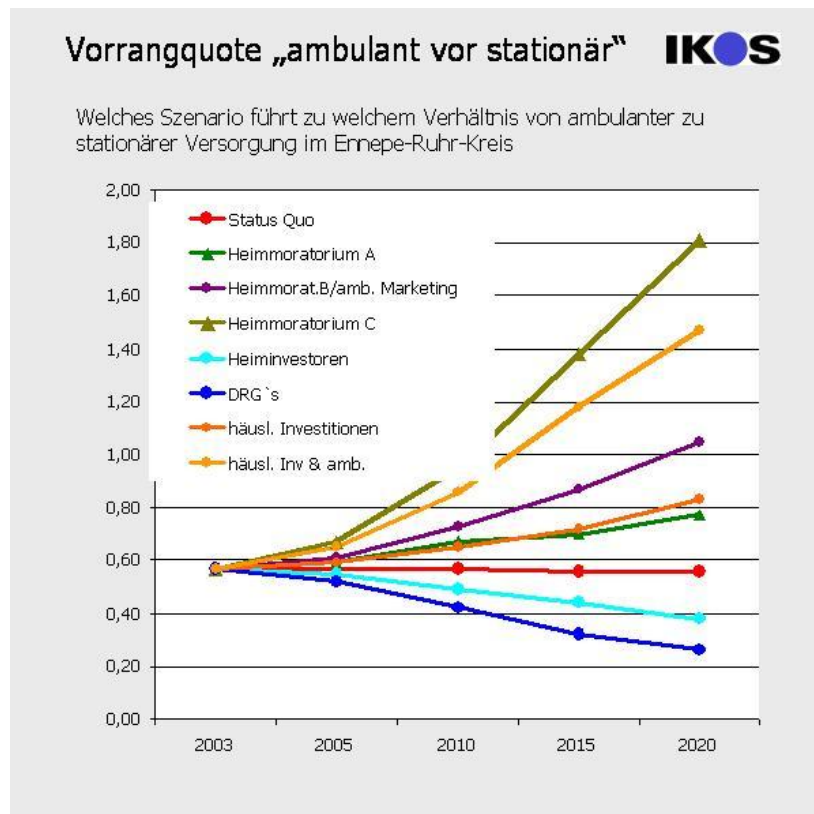
Entwicklung Pflegequotient Städte und Kreis



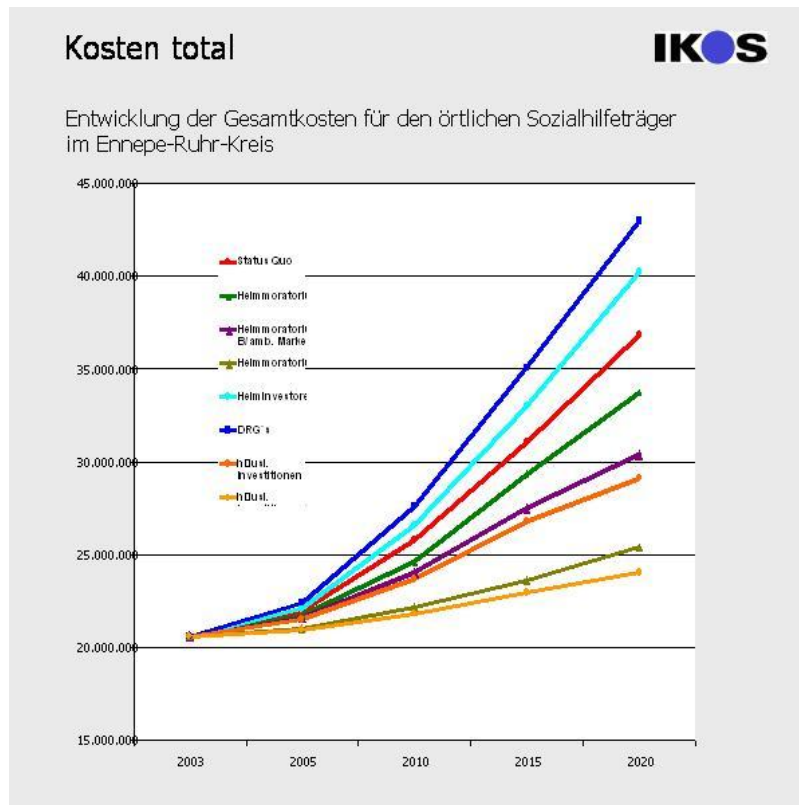
§ wenn die Daten und Prognosen zur Versorgungssituation und zur demographischen Entwicklung überlagert werden, zeigt sich eine im Zeitablauf stark wachsende Versorgungslücke, die einerseits verdeutlicht, welche Dimensionen der stationäre Bereich noch annehmen kann, die andererseits aber auch den Gestaltungsraum für Alternativen zur Heimunterbringung demonstriert;



§ die unterschiedlichen Szenarien führen in der Konsequenz zu sehr weit auseinanderfallenden Relationen von ambulanter zu stationärer Versorgung



mit massiven Kostenfolgen für den Aufgaben- und Kostenträger Kreis.



4. Weitere Arbeitsschritte

Die hier nur kurz angerissenen Analysen und Szenarien machen deutlich, dass der Kreis sowohl aus sozialpolitischen als auch aus finanzwirtschaftlichen Gründen alle Anstrengungen unternehmen muss, um den Weg in die stationären Einrichtungen zu stoppen oder zumindest zu verlangsamen. Dazu gibt es einen breiten Konsens in der Kreispolitik wie auch mit dem kreisangehörigen Städten. Das beinhaltet auch die Bereitschaft, jetzt trotz der Haushaltsprobleme finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen, um sinnvolle Alternativen zum Heimbereich aufzubauen und, soweit möglich, umzusteuern. Dies umso mehr als alle Befragungen - auch für den Ennepe-Ruhr-Kreis - immer wieder aufzeigen, dass die Betroffenen soweit und solange wie möglich zu Hause oder in anderen Alternativen zum Pflegeheim leben wollen.

Welche weiteren Schritte sind geplant, um das umzusetzen?

Die bisherigen Strategiediskussionen in Verbindung mit externer Beratung haben herausgearbeitet, dass ein abgestimmter Prozess des Aufbaus kommunaler Steuerungsmöglichkeiten und der Weiterentwicklung der Verbesserungsstrukturen organisiert werden muss.

Der nächste Schritt - im ersten Halbjahr 2007 - soll zunächst gemeinsam mit den Städten klären, wie ein Steuerungssystem an der Schnittstelle Kreis / Städte aussehen kann und soll:

- wer übernimmt welche Aufgaben in den Bereichen trägerunabhängige Pflegeberatung, Caremanagement / Koordination und Casemanagement?
- wie wirken Rahmenplanungen des Kreises mit den kundenorientierten Aktivitäten der Städte zusammen?
- welche gemeinsamen Informationsplattformen und Dokumentationssysteme sind aufzubauen?
- nicht zuletzt: mit welchem Personaleinsatz und welcher Finanzierung ist das zu leisten?

Aufbau eines Steuerungssystems **an der Schnittstelle Kreis/ Städte**

- Ziele Grenzen und Möglichkeiten von Steuerung
- Elemente:
 - Trägerunabhängige Beratung
 - Caremanagement
 - Casemanagement
- Organisation und Finanzierung

Danach - vermutlich aber auch schon parallel zum Aufbau von Steuerungsstrukturen - wird es darum gehen, in den zentralen Handlungsfeldern Arbeitsstrukturen zu schaffen, Konzepte zu entwickeln und modellhafte Projekte umzusetzen, die letztlich die betroffenen älteren Menschen in ihrer Lebenssituation unterstützen sollen, soweit möglich im Vorfeld einer Heimunterbringung.

Weiterentwicklung der Angebots-/ Versorgungssituation im EN-Kreis

Handlungsfelder:

- Prävention/ Gesundheitsvorsorge
- Selbsthilfe/ Ehrenamtlichkeit/
Unterstützung pflegender Angehöriger
- neue Wohnformen
- Komplementäre ambulante Leistungen
- Qualitätssicherung in stationären
Einrichtungen

Das wird allerdings - darüber sollte man sich keine Illusionen machen - eine jahrelange Daueraufgabe sein, die schnellstmöglich angegangen wird

Forum-Diskussion Pflege

In der an der anschließenden Diskussionsrunde erarbeiteten die Teilnehmenden folgende, konkreten Anforderungen, die zur Weiterentwicklung der Angebots- und Versorgungssituation im Ennepe-Ruhr-Kreis beitragen, erarbeitet.

- Ø Es bedarf der Einführung von „Kümmerern“/ Organisatoren/ Fallmanagern für pflegebedürftige und pflegende Angehörige als ein flächendeckendes Angebot in der bestehenden Versorgungsstruktur. Dabei müssen auch die Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen mit bedacht werden.
- Ø Es besteht ein dringender Bedarf an der Erforschung und Erprobung von Kooperationsstrukturen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen für den Pflegebereich.
- Ø Für eine koordinierte Begleitung und Betreuung von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen sind verlässliche und flächendeckende Strukturen notwendig, die von der Politik bereitgestellt werden müssen. Dies kann beispielsweise in einem ersten Schritt über den Aufbau von zentralen „Krisenzentren“ auf kommunaler Ebene erreicht werden.

2. Bürgerschaftliches Engagement/ Selbsthilfe

Moderation: Silke Dorn, FoGera e.V., Witten

Partizipation im Alter als Chance für Kommunen

Barbara Eifert, *Forschungsgesellschaft für Gerontologie*,
Dortmund



Institut für Gerontologie an der Universität Dortmund



Partizipation im Alter als Chance für Kommunen

am Beispiel des Projekts
„Altengerechte Stadt“
Ein Projekt der Landesseniorenvertretung NRW

Gefördert vom Ministerium für Generationen,
Familien, Frauen und Integration und
engagierten Wohnungsunternehmen in NRW

Durchgeführt vom Büro für angewandte Soziologie in Wuppertal

www.ffg.uni-dortmund.de

Gliederung

1. Einleitung: Zum Projekt
2. Ergebnisse des Projekts
 - 2.1 Zum Altersbild
 - 2.2 Zur Bedeutung von Partizipation
3. Perspektiven und Instrumente

1. Einleitung: Zum Projekt

Zeitraum: 1. Januar 2004 bis 30. September 2005

- Beratung von Seniorenvertretungen, Wohnungsunternehmen und Stadtverwaltungen
- Erstellung und Vertrieb des Handbuchs „Altengerechte Stadt“

2. Ergebnisse zum Projekt

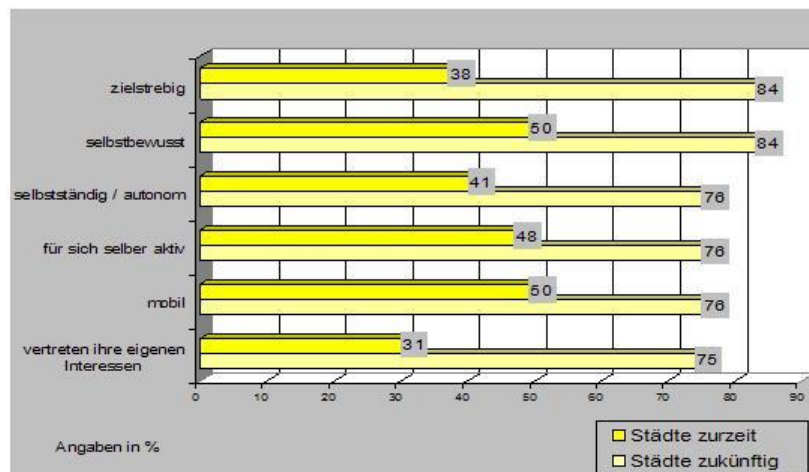
Befragt wurden in Nordrhein-Westfalen:

1. Seniorenvertretungen
2. Stadtverwaltungen
3. Wohnungsunternehmen

www.ffg.uni-dortmund.de

2.1 Zum Altersbild

Welche der folgenden Aussagen charakterisieren das Bild von älteren Menschen?



www.ffg.uni-dortmund.de

2.2 Zur Bedeutung von Partizipation

- Partizipation meint die Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Leben.
- Partizipation älterer Menschen ist die wirksamste Form ihrer Integration.
- Partizipation wirkt gegen Altersdiskriminierungen.

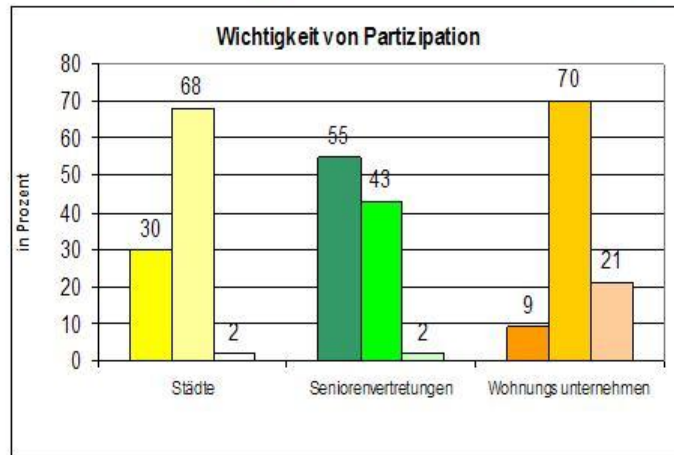
2.2 Zur Bedeutung von Partizipation

Partizipation erfordert grundsätzlich zwei sich bedingende Teile:

- **teilhabebereite** Bürgerinnen/
teilhabebereiten Bürger
- und
- **teilhabeermöglichende** Kommunen,
Unternehmen, Organisationen etc.

2.2 Zur Bedeutung von Partizipation

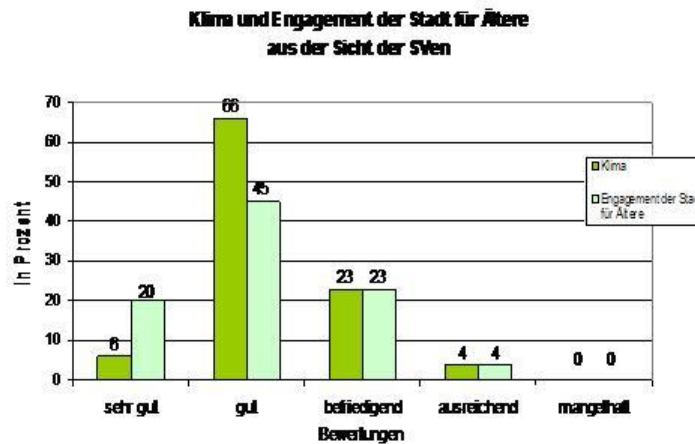
Für wie wichtig halten Sie Partizipation älterer Menschen an der Stadtentwicklung, am Stadtteil, bei der Stadtplanung?



2.2 Zur Bedeutung von Partizipation

**Partizipation ist erwünscht,
... findet in der Praxis allerdings selten statt.**

2.2 Zur Bedeutung von Partizipation



www.ffg.uni-dortmund.de

2.2 Zur Bedeutung von Partizipation

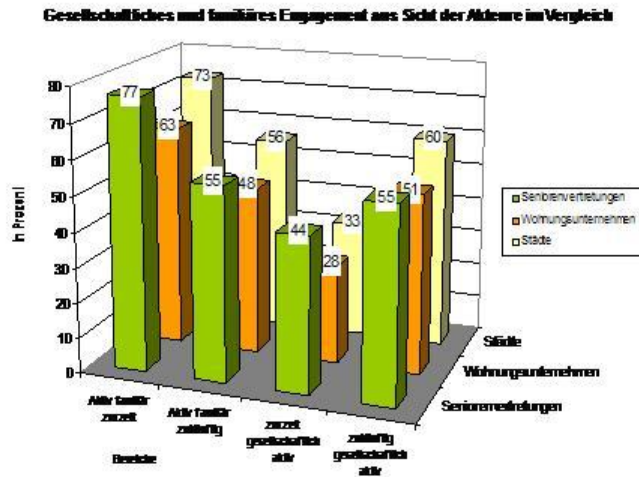
Zwei Seiten einer Medaille:

In Städten, in denen ein gutes *Klima* für ältere Menschen existiert, wird das Engagement von Stadtverwaltungen für die Belange älterer Menschen gut bewertet.

Das Engagement von Stadtverwaltungen für die Belange älterer Menschen wirkt sich positiv auf das *Stadtklima* für ältere Menschen aus.

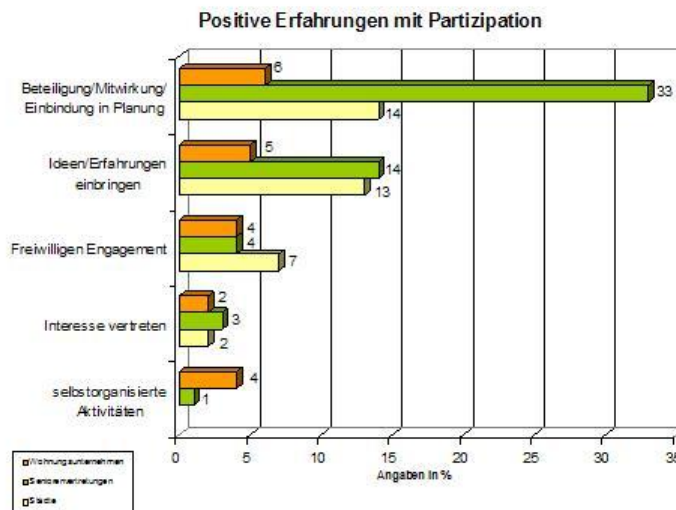
www.ffg.uni-dortmund.de

2.2 Zur Bedeutung von Partizipation



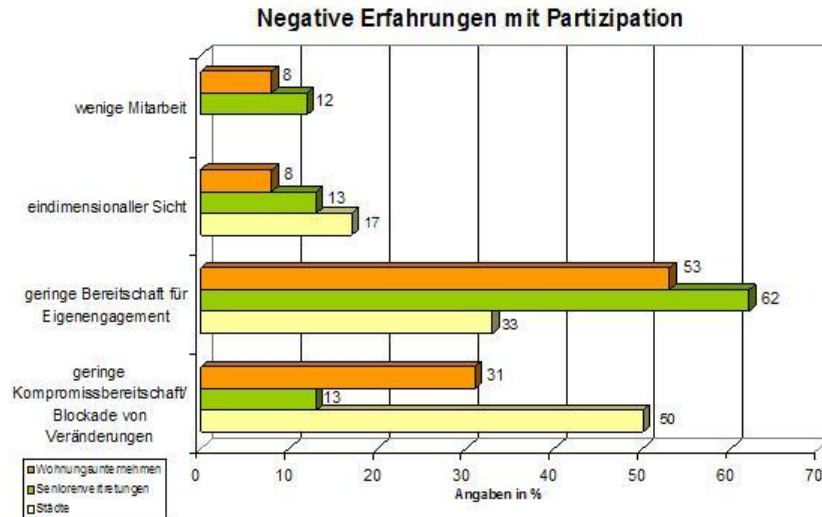
www.ffg.uni-dortmund.de

2.2 Zur Bedeutung von Partizipation



www.ffg.uni-dortmund.de

2.2 Zur Bedeutung von Partizipation



www.ffg.uni-dortmund.de

2.2 Zur Bedeutung von Partizipation

Partizipation ist machbar
Partizipation ist interessenorientiert
... und damit nicht konfliktfrei.

www.ffg.uni-dortmund.de

3. Perspektiven und Instrumente

- Bei der Förderung der Partizipationsbereitschaft der Seniorinnen und Senioren gibt es Umsetzungsprobleme.
- Das Problem der Machtasymmetrie ist nicht zu unterschätzen.

www.ffg.uni-dortmund.de

3. Perspektiven und Instrumente

- Nachhaltige Partizipation erfordert Orte.
- Partizipation ist zu einem altersübergreifenden Thema in der Kommune zu machen, das aber die Besonderheiten älterer Menschen berücksichtigt.
- So wird aus der altengerechten Stadt eine *altersaktivierende* Stadt, die allen Generationen zugute kommt.

www.ffg.uni-dortmund.de

Ansätze in den Städten

Axel Fiedler, *Seniorenbüro der Stadt Wetter*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die heutige Veranstaltung trägt den Titel „Die Zukunft des Alters im Ennepe-Ruhr-Kreis: Eine kommunale Gestaltungsaufgabe.“

Zunächst sollte doch geklärt werden: Was muss für die Zukunft gestaltet werden? Eine Bedrohung, die auf uns zukommt? Eine Bedrohung, die zu vergleichen ist mit dem Klimawandel, oder evtl. sogar noch schlimmer? Die vielerorts geführten Diskussionen haben oft den Anschein als ob die demografische Entwicklung einer Katastrophe gleichkommen würde.

Deshalb sollte die vorrangige Aufgabe einer Kommune sein, die negativ geführten Debatten um „Alterslast“, „Rentnerschwemme“ oder den gefürchteten Kollaps sozialer Sicherungssysteme in eine andere Richtung zu lenken.



Im öffentlichen Diskurs muss deutlich werden, dass das Alter keine Last, sondern ein Geschenk ist und für die Kommune wie für den Einzelnen viele Chancen bietet - auch im Miteinander der Generationen. Das ist die bestmögliche kommunale Vorsorge für eine alternde Gesellschaft. Dieses Zusammenleben muss in den Kommunen gestaltet werden.

Ich werde zunächst kurz ins Thema einführen und über Bedingungen und Motivation von Ehrenamtlichkeit sprechen. Anschließend berichte ich über Beispiele von Ehrenamtlichkeit, die aufgrund von Sparmaßnahmen in Wetter entstanden sind und über Freiwilligenarbeit in Verbindung mit dem Seniorenbüro unserer Stadt.

Zum Schluss spreche ich noch über Gesundheitsförderung und Prävention, zwei weitere Säulen der Selbsthilfe.

Ich berichte aus einer kleinen Stadt im Ennepe-Ruhr-Kreis. Als Seniorenbeauftragter der Stadt Wetter bin ich zuständig für Pflegeberatung, Steuerung der Versorgungsstruktur, Case-Management und die Förderung der Selbsthilfe, dem heutigen Thema meines Vortrages.

Ein Bereich der Selbsthilfe ist die Ehrenamtlichkeit oder auch Freiwilligenarbeit. Es ist unübersehbar, dass sich die Bedingungen und Motive von Ehrenamtlichkeit verändert haben. Motive des Dienens, Helfen wollens und Pflichtbewusstsein verlieren an Bedeutung. Auch bei älteren Menschen überwiegen inzwischen die Wünsche nach persönlicher Befriedigung, Sinngewinn und Selbstentfaltung. Die Ehre und das Ansehen, die ein Amt bringen, sind weniger gefragt als der persönliche Gewinn für den Einzelnen.

Ehrenamtliche sind heute immer weniger bereit, sich konzeptionslos einspannen zu lassen.

Freiwillige Helferinnen und Helfer

- möchten eine selbstgewählte sinnvolle Aufgabe übernehmen,
- möchten als gleichwertige und gleichberechtigte Mitarbeiter anerkannt werden,

- möchten für sich selbst einen Zugewinn aus der Tätigkeit ziehen können,
- möchten in der Arbeit mit anderen Menschen Kontakt haben,
- suchen eine qualifizierte Tätigkeit, die sie mitgestalten können,
- wollen ihre Fähigkeiten einbringen und sich qualifizieren können
- und möchten den Zeitumfang ihrer Arbeit selbst bestimmen und ohne Rechtfertigung aufhören können.

Es sind also einige Erwartungen und Vorstellungen, die Freiwillige mit ihrer Tätigkeit verbinden. In einigen Städten haben sich Freiwilligenzentren oder Institutionen mit ähnlichen Bezeichnungen etabliert. Diese Zentren sind Mittler zwischen Einrichtungen, Organisationen und Vereinen, die Freiwillige beschäftigen möchten und Menschen, die freiwillig tätig werden möchten. In der näheren Umgebung gibt es z.B. in Hagen, Hattingen und Dortmund solche Einrichtungen, die über Einsatzbereiche informieren, Weiterbildungen anbieten sowie Ehrenamtliche und Einrichtungen betreuen und begleiten.

Leider ist dieser anzustrebende Idealfall noch nicht flächendeckend erreicht. Auch in Wetter haben wir noch kein Freiwilligenzentrum.

Dennoch ist die Freiwilligenarbeit nicht mehr aus unserer Stadt wegzudenken. Das fängt an mit unserer freiwilligen Feuerwehr, die schon immer da war. Unsere Sportvereine, die schon seit Jahren die Schlüsselgewalt für die Turnhallen haben, so dass diese ohne Hausmeister auskommen und natürlich die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in allen anderen Vereinen unserer Stadt.

Seit ca. 5 Jahren haben sich weitere Bereiche des Ehrenamtes entwickelt, die nicht ganz freiwillig entstanden sind. Durch die seit Jahren andauernde Finanzmisere wurde unser Haushalt zu besonderen Sparmaßnahmen gezwungen. Die Verwaltungsspitze hat offen und ehrlich den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt, dass einige Angebote und Leistungen nicht mehr von der Stadt vorgehalten werden können. Diese Angebote wären weggefallen, wenn nicht andere diese Aufgaben übernommen hätten. So sind in Wetter ehrenamtliche Projekte entstanden, die nicht nur die bestehenden Angebote weiterführten, sondern diese sogar stellenweise attraktiver als bisher machten.

Beispiel: Freibad

Das Freibad ist im Jahre 1964 erbaut worden. Im Laufe der Jahrzehnte ist es altersschwach und stark renovierungsbedürftig geworden. Die Stadt Wetter hatte in den letzten Jahren nicht mehr genügend Geld, um das Freibad rundum sanieren zu können. Bereits in 2003 wurden zur Saison 2004 von der Stadt alle Wartungsverträge, die für das Betreiben des Freibades notwendig waren, gekündigt. Im November 2003 wurde der "Trägerverein unser Freibad am See e.V." gegründet. Im Frühjahr 2004 wurden Vorverhandlungen abgeschlossen, die zur Übernahme des Freibades durch den Trägerverein führten. Das Freibad wurde nun dank vieler ehrenamtlicher Helfer umgebaut zu einem Naturbad, das nun wesentlich ansprechender als das alte Freibad ist.

Beispiel: Kulturzentrum LICHTBURG

Neben Kino, Live-Musik, Kabarett, Kleinkunst, Frauencafé und Theater präsentiert es Musicals, Ausstellungen und steht örtlichen Gruppen zur Verfügung. Die LICHTBURG wird in Eigenregie von einem gemeinnützigen freien Verein engagierter und kulturbegeisterter Wetteraner BürgerInnen geführt, und leistet einen wichtigen kulturellen Beitrag im Leben unserer Stadt und auch darüber hinaus. Im Jahre 2005 wurde auch die Organisation des wetteraner STADTSAALS übernommen. Dieser

Stadtsaal ist durch einen Umbau mit ehrenamtlichen Helfern wesentlich attraktiver geworden als zu Zeiten, da es noch eine städtische Einrichtung war.

Beispiel: Elbschehalle Wengern.

Auf der Internet-Seite Elbschehalle Wengern e.V. ist folgendes Zitat aus der Haushaltsrede des Bürgermeisters 2004 zu finden

"Der Leitgedanke soll lauten: nicht einfach platt machen, sondern durch kooperative Lösungen, Verlagerungen, Beteiligungen Privater, bürgerschaftliches Engagement wesentliche Elemente von Lebensqualität und Daseinsvorsorge in unserer Stadt zu erhalten! Ich zitiere weiter

(...) Dahinter steckt letztlich ein verändertes Verständnis von Kommunalpolitik. Die Stadt zieht sich aus Kompletffinanzierungen zurück und bekleidet zunehmend die Rolle des Vermittlers bei der Suche nach kooperativen Lösungen mit weiteren Handlungsträgern; mit dem Ziel, Angebote, die durch den Haushalt nicht mehr finanzierbar sind, dennoch zu erhalten."

Von diesen Überlegungen war auch die Elbschehalle in Wengern betroffen. Vor diesem Hintergrund hat nach intensiven Vorbereitungen durch einen Arbeitskreis des Vereinsringes Wengern e.V. am 12. November 2004 die Gründungsversammlung für den Verein Elbschehalle Wengern stattgefunden. Ziel des Vereins ist die Führung und Unterhaltung des Betriebs der Elbschehalle zur Sicherung und Förderung des Kulturlebens, des Breitensports und kirchlicher, sozialer und jugendpflegerischer Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Wetter (Ruhr).

Zwei weitere Projekte möchte ich noch kurz anführen. Das erste Projekt sind die Spielplatzpaten. Von 40 städtischen Spielplätzen waren 10 Spielplätze gefährdet. Dank übernommener Patenschaften von engagierten Bürgerinnen und Bürgern musste nur ein Spielplatz zurückgebaut werden.

Das zweite Projekt ist unser Bürgerbus, der seit Februar 2007 auf drei Linien von ehrenamtlichen Fahrern betrieben wird.

Ich denke diese Projekte sind entstanden und immer noch erfolgreich aus folgenden Gründen:

- *Es ist einmal der Segen der Kleinstadt. Es sind Netzwerke vorhanden, die Menschen kennen sich und identifizieren sich mit ihrer Stadt.*
- *Die klare und eindeutige Aussage des Bürgermeisters, dass Einrichtungen geschlossen werden müssen, wenn sie nicht von anderer Seite übernommen werden.*
- *Viele Akteure waren schon immer aktiv tätig (z.B. in der Politik) und konnten Menschen mit ins Boot nehmen, die einen unmittelbaren Bezug zu den Projekten hatten*

Natürlich müssen ehrenamtlich Arbeitende auch gefördert werden. Unsere Stadtverwaltung plant, dass engagierte Menschen nicht allein gelassen werden und dass ihnen in Zukunft Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden. Interessierten Vereinen sollen aktuelle und umfassende Informationen zu Themen wie Versicherungsschutz, Fördermittel oder Steuerentlastungen gegeben werden.

Dies war der eher allgemeine Teil von ehrenamtlicher Arbeit in Wetter. Natürlich sind in allen Bereichen auch verstärkt ältere Menschen tätig. Allein schon aus Gründen ihres Zeitbudgets.

Ich komme jetzt zu ehrenamtlicher Arbeit in Bezug auf meine Tätigkeit als Seniorenbeauftragter. In Wetter haben wir bereits seit Jahren ein „Seniorentelefon“, das mittlerweile in der Bevölkerung sehr bekannt ist. Unter der Rufnummer wird

Pflegeberatung angeboten aber es gibt auch Informationen zu allen Bereichen, die die Freizeit betreffen.

So melden sich auch immer wieder ältere Menschen, die eine sinnvolle Beschäftigung suchen und sich ehrenamtlich betätigen möchten. Somit ist das Seniorenbüro momentan die zentrale Stelle der Stadt für ältere Menschen, die sich freiwillig engagieren möchten.

Zurzeit sind folgende Möglichkeiten des Engagements möglich:

Da ist zunächst die Mitarbeit in unserem Seniorenbeirat. Dort sind mittlerweile 30 Mitglieder aktiv. Vor sechs Jahren waren es nur 15 Personen. Diese hohe Zahl an Vertretern ist jedoch wichtig, da die Mitglieder nicht nur zu den Sitzungen zusammenkommen, sondern auch weitere Aufgaben übernehmen.

In der Einzelfallhilfe z.B. greife ich immer wieder gern auf Beiratsmitglieder zurück, die in unmittelbarer Nachbarschaft der Menschen wohnen, die Hilfe benötigen. Diese menschliche Unterstützung ist enorm wichtig für den Einzelfall.



Veranstaltungen wie z.B. der Seniorentag werden von Arbeitsgruppen, die aus dem Seniorenbeirat entstehen vorbereitet und durchgeführt. Außerdem hat sich eine Arbeitsgruppe zur Unterstützung der offenen Altenarbeit gegründet, die Broschüren mitgestalten, Programmpunkte planen und den Veranstaltungskalender mit einer Auflage von 2300 Exemplaren verteilen. Ebenso werden der Internet-Auftritt des Seniorenbeirates sowie Wochenendfortbildungsveranstaltungen in Eigenregie organisiert.

Neben der Arbeit im Seniorenbeirat können sich ältere Menschen die ehrenamtlich tätig sein möchten, auch mit ihren eigenen Fähigkeiten einbringen. So werden seit drei Jahren Computerkurse für Ältere von einem ehemaligen Polizeibeamten durchgeführt, der in diesem Bereich auch dienstlich tätig war.

Zwei ältere Mitbürger bieten in Seniorengruppen und bei Veranstaltungen Dia-Nachmittage zu verschiedenen Themen an. Eine Theatergruppe führt Sketche bei Veranstaltungen auf.

Freiwillige, die anderen Menschen zu Hause helfen möchten, werden an Mobile weitergeleitet, ein Projekt, das zum Ziel hat, pflegende Angehörige in ihrer

anspruchsvollen Aufgabe zu unterstützen, damit Heimpflege vermieden werden kann. Zu den Aufgaben gehören:

- Vertretung bei Abwesenheit der pflegenden Angehörigen
- gemeinsame Spaziergänge, Spiele, kreative Beschäftigung
- miteinander Musik hören, musizieren oder singen
- vorlesen oder einfach nur da sein und zuhören
- Begleitung bei Einkäufen, Arztbesuchen oder Veranstaltungen

Zudem besteht auch noch die Möglichkeit, in unseren Pflegeheimen als ehrenamtlicher Helfer vermittelt zu werden.

Dies sind die wichtigsten Beispiele im Seniorenbereich. Es muss natürlich, wie ich bereits anfangs sagte darauf geachtet werden, dass die Aufgabe auf die Person zugeschnitten ist damit das Ehrenamt auch Spaß macht.

Dann schafft dieses Amt auch persönlichen Nutzen und eigene Zufriedenheit. Z.B. können Kontakte und Beziehungen aufgebaut werden, es kann etwas verändert und bewegt werden oder Teamwork und Gemeinsamkeit erlebt werden. Dies zum Thema Ehrenamt.

Weitere wichtige Aspekte zur Selbsthilfe sind Gesundheitsförderung und Prävention. Durch gesundheitsfördernde und präventive Angebote können Gesundheitseinschränkungen, Funktionseinbußen und Krankheiten vermieden, ihr Fortschreiten verhindert oder verzögert werden sowie Folgeschäden abgeschwächt oder vermindert werden. Gesundheitsförderung und Prävention sind auch im hohen Alter sinnvoll und möglich. Hierdurch kann nicht nur die individuelle Lebensqualität erhalten oder verbessert werden: auch die Kosten für medizinische und pflegerische Versorgung werden verringert. Gesundheit ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

In Wetter versuchen wir diesen Bereich der sogenannten offenen Altenarbeit möglichst vielfältig und kontrastreich abzudecken. In unserer Hobbybörse z.B. bringen wir Menschen mit gleichen Interessen zusammen. In Vorträgen und Veranstaltungen informieren wir über Ernährung, Gesundheit, Selbsthilfegruppen u.s.w.

Ich arbeite auch eng mit unseren Sportvereinen zusammen, die immer mehr und auch neue Angebote für ältere Menschen anbieten z.B. Nordic Walking statt Stuhlgymnastik. In Abständen werden auch Gesundheitstage angeboten, um in Schnupperkursen Zugang zu einzelnen Sportarten zu finden.

Auch Angebote des Seniorenbüros wie unsere Seniorentanzkreise finden vor allen Dingen bei den älteren Damen regen Zulauf.

Unsere Angebote werden in einem zweimal jährlich erscheinenden Veranstaltungskalender aufgeführt, der, wie bereits berichtet, in Zusammenarbeit mit unserem Seniorenbeirat erstellt und verteilt wird.

Wir engagieren uns in Wetter vielfältig in den Bereichen Ehrenamtlichkeit, Gesundheitsförderung und Prävention, damit der Alterungsprozess für den Einzelnen zu einem Gewinn werden kann und nicht scheinbar selbstverständlich zu einem Anstieg von Krankheits- und Pflegekosten führt.

Forum-Diskussion „bürgerschaftliches Engagement/ Selbsthilfe“

In der anschließenden Diskussion wurden von den Teilnehmenden vor allem wesentliche Bausteine für die Förderung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement zusammengetragen:

- Ø „Nachwuchs fördern und fordern“ – Dies sollte nicht nur durch die schon vorgefertigte Engagement- Angebote erfolgen, sondern es gilt vielmehr durch Offenheit und offene Foren, in denen sich Engagementformen neu entwickeln können, Beteiligung zu ermöglichen. Hierzu sind vor allem strukturelle Voraussetzungen zu schaffen.
- Ø Freiwilligkeit gilt als Voraussetzung von Partizipation;
- Ø nur in der Gemeinschaft kann bürgerschaftliches Engagement entwickelt werden und
- Ø der Partizipationsgedanke muss auf kommunaler Ebene, insbesondere durch das Leitbild der Kommune, kommuniziert und in die Öffentlichkeit transportiert werden.

Diese Bausteine lassen sich zu einem Gesamtkonzept zur Förderung von Partizipation bündeln.

3. Seniorenwirtschaft

Moderation: Dr. Renate Schramek, FoGera e. V., Witten

Chancen der Seniorenwirtschaft

Dr. Rainer Fretschner, *Institut für Arbeit und Technik (IAT)*, Gelsenkirchen



Age Friendly Ruhr



Dr. Rainer Fretschner / Dr. Wolfgang Potratz / Claudia Horch

Age-Friendly Cities (Projektziele)

- **Es beteiligen sich über 30 verschiedene Städte rund um den Globus**
- **Sie evaluieren ihre Ansätze und Projekte für eine altenfreundliche Stadt / Region.**
- **Am Beginn der Evaluation stehen Erhebungen in sog. Fokusgruppen von Seniorinnen und Senioren**
- **Die Städte machen auf gute Lösungen aufmerksam.**
- **Die Welt soll lernen, dass das Altern der Gesellschaft positiv gestaltet werden kann.**

Folgende Städte weltweit nehmen an dem WHO-Projekt teil...

- Montreal, Kanada
- Gijón, Spanien
- San Jose, Costa Rica
- Buenos Aires, Argentinien
- New Delhi, Indien
- Perth, Australien
- Rio de Janeiro, Brasilien
- London, Großbritannien
- Melbourne, Australien
- Mexico City, Mexiko
- Miami, USA
- Moskau, Russland
- Genf, Schweiz
- **Ruhrgebiet, Deutschland**

Basisinfos zur demografischen Entwicklung im Ruhrgebiet

- Das Ruhrgebiet schrumpft von 2005 nach 2025 von 5,3 auf 4,8 Mio. Menschen (**minus 500.000**).
- Parallel dazu steigt der Zahl der über 60-79-Jährigen von fast 1,15 auf gut 1,2 Mio. Menschen (**plus 60.000**).
- Besonders stark wächst die Zahl der über 80-Jährigen von heute 240.000 auf gut 380.000 an (**plus 145.000**).
- Die Zahl der Empfänger von Pflegeleistungen wird von 160.000 (2003) auf ca. 210.000 (2020) ansteigen (**plus 32,3 %**).
- Bis 2020 sind **gut 15.000 zusätzliche Altenheimplätze** in der Ruhr-Region erforderlich.
- Traditionelle Versorgungsstrukturen für beeinträchtigte Ältere verlieren an Gewicht, gerade auch bei älteren Migrant/-innen.

Age-Friendly-Cities „Was nutzt das dem Ruhrgebiet?“

Die Metropolregion Ruhr...

- ... analysiert sich selbst und erhält einen Überblick über Chancen und Defizite**
- ... macht international darauf aufmerksam, dass es auf das Altern der Gesellschaft souverän reagiert**
- ... wirbt für seine modellhaften Ansätze in der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft**
- ... nutzt das Projekt, um nach innen Altenfreundlichkeit zu thematisieren und umzusetzen**
- ... zeigt, dass das Altern der Gesellschaft eine wichtige Triebkraft der Wirtschaft sein kann**

Age-Friendly Cities Wie wird das Ruhrgebiet seniorenfreundlich?

Die Metropolregion Ruhr...

- ... erarbeitet ein mittelfristiges Aktionsprogramm zur Seniorenwirtschaft im Ruhrgebiet und konzentriert sich zunächst auf die Felder**
 - Wohnen und haushaltsnahe Dienstleistungen**
 - Kultur**
 - Partizipation**
- ... hierzu werden Arbeitsgruppen gebildet, an denen weitere Akteure beteiligt sind.**

Ziele der Zukunftsinitiative Seniorenwirtschaft für das Ruhrgebiet

- **das Ruhrgebiet als Vorreiter im Feld Wohnen und wohnungsnahe Dienstleistungen präsentieren**
- **das Ruhrgebiet als Region attraktiver Kultur (Kulturhauptstadt!) für ältere Menschen positionieren**
- **das Ruhrgebiet als Labor zur Gestaltung der multikulturellen Herausforderungen des Alterns vorstellen**

Die Themen der Befragung

- **Öffentlicher Raum und bebaute Umwelt**
- **Transport und Verkehr**
- **Wohnen**
- **Soziale Inklusion und Respektierung**
- **Soziale Partizipation**
- **Kommunikation und Information**
- **Gesellschaftliche Partizipation und Beschäftigung**
- **Soziale Unterstützung und Gesundheitsdienste**

Befragt wurden vier unterschiedliche Gruppen von SeniorInnen nach einem von der WHO vorgegebenen Fragebogen;

einige Befragungen stehen noch aus

Senior/-innen: Sozioökonomischer Status niedrig	65 -74 (1) befragt	75 + (2) befragt
Senior/-innen: Sozioökonomischer Status mittel/hoch	65 -74 (3) befragt	75 + (4) befragt
Für Hochbetagte: ehrenamtlich Pflegende (5) zusätzlich „junge Alte“ in Oberhausen, 55-64		

In 2007: Öffentliche Akteure aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung (6)	Stellungnahme zu den Befragungsergebnissen, Verbesserungsvorschläge
---	---

Befragt wurden vier unterschiedliche Gruppen von SeniorInnen in 6 Städten;
insgesamt : 45 Personen, davon 14 m und 31 w

- Dortmund 75 +, < Status
- Duisburg 65-74, < Status
- Essen 65-74, > Status
- Gelsenkirchen 65-74, < Status
- Gladbeck 75 +, > Status
- Herten 65-74, > Status
- Mülheim 75 + > Status - steht noch aus -
- Oberhausen: zusätzlich, zwei Fokusgruppen 55-64 Jahre

Öffentlicher Raum und bebaute Umwelt

- **Gehwege werden häufig als reparaturbedürftig und sogar als gefährlich (Jahreszeit!) erlebt**
- **Ampelphasen sind zu kurz für alte Menschen**
- **Schlechte Straßenbeleuchtung**
- **In einzelnen Stadtteilen ist die Zahl der Geschäfte (Nahversorgung) sehr ausgedünnt; sogar Briefkästen fehlen**
- **Öffentliche Gebäude könnten zugänglicher sein**
- **Es gibt eine ausgeprägte "gefühlte Angst" im öffentlichen Raum, besonders nach Einbruch der Dunkelheit**

- **Vorschläge: stärkere Polizeipräsenz, Bordsteine häufiger absenken, längere Ampelphasen**

Transport und Verkehr

- **Die Frequenz der Bus- und Bahnlinien ist zu lang**
- **viele Buslinien fahren ab dem frühen Abend nicht mehr**
- **Querverbindungen zwischen Stadtteilen sind oft schwierig**
- **Die Preise sind zu hoch**
- **Der Einstieg in Busse und Bahnen ist oft schwierig**
- **Verhalten der Fahrer oft altunfreundlich oder nachlässig**

- **Vorschläge: mehr Ampeln mit Signalen für Sehbehinderte, grundsätzlich Niedrigflurfahrzeuge einsetzen, Busse sollten näher am Straßenrand halten**

Wohnen

- im **allgemeinen** hohe Zufriedenheit mit der Wohnqualität
- **Mieten an der Leistungsgrenze**
- Verunsicherung durch Privatisierungen
- **Wohnungsanpassung wird gut beraten, ist aber (zu) teuer und nicht immer machbar**
- **haushaltsnahe / wohnbegleitende Dienste sind selten, knapp oder (zu) teuer**
- **"Betreutes Wohnen" (zu) oft eine Frage des Einkommens**
- teilweise mehr betreutes Wohnen / kürzere Wartezeiten gewünscht,
- **tendenziell aber eher Defizit an bezahlbaren haushaltsnahen Diensten**

Soziale Inklusion und Respektierung

- insgesamt gute gesellschaftliche Einbindung und Respektierung
- **zu wenig generationenübergreifende Begegnungsmöglichkeiten / Veranstaltungen**
- Anerkennung der Hilfsbereitschaft Jüngerer
- **Fälle von Altersdiskriminierung in Handel/Dienstleistung/Verwaltung**

- **Vorschlag: Mobilität verbessern**

Soziale Partizipation

- gute Nachbarschaften, gute informelle Unterstützung
- gute Möglichkeiten der Artikulation gegenüber Politik und Verwaltung
- Teilnahme oft von Transportmöglichkeiten abhängig

- Vorschläge: mehr alten- und behindertengerechte Veranstaltungen, Fahrdienste, mehr öffentliche Treffpunkte (Cafés)

Kommunikation und Information

- allgemeine Zufriedenheit mit Information und Beratung durch die Stadtverwaltung
- Internetangebot wird angenommen, teilweise Lob für städtische Call-Center

- Vorschläge: Börse für kleinere Dienstleistungen (Haus und Garten, Besorgungen, ...), schnellere Bearbeitung von Anträgen, mehr Kompetenz im Einzelhandel

Gesellschaftliche Partizipation und Beschäftigung

- ehrenamtliche Tätigkeiten "muss man nur wollen"
- **Wohlfahrtsorganisationen, Parteien, Vereine ... bieten breites Spektrum – oftmals nur für "insider"**
- **Nachbarschaftshilfe wird geleistet und anerkannt**
- **Chancen der Bürgerbeteiligung an der Ratsarbeit werden genutzt - aber mit welchem Effekt?**
- **Demonstrationsbereitschaft, z.B. für besseren Bahnhof**
- **Chancen und Nachhaltigkeit auf lokaler (Stadtteil-) Ebene höher**

Soziale Unterstützung und Gesundheitsdienste

- **gesundheitliche Unterstützungs- und Beratungsdienste durch Wohlfahrtsorganisationen und Städte werden angenommen**
- **Hausnotruftelefon zentrales Element**
- **Qualität der (Pflege-) Dienstleistungen gemindert durch häufig wechselndes Personal**
- **Wahrnehmung von Angeboten hängt oft an Transportmöglichkeiten**

Seniorenwirtschaft: Ein Thema für Unternehmen im Kreis?

Bernhard Schröder, EN-Agentur GmbH, Hattingen



Seniorenwirtschaft:

Ein Thema für Unternehmen im Kreis?

Bernhard Schröder, Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH



Trends, Herausforderungen, Beispiele für:

Silver economy, Silver market; 60+; 50+; 40+; Best ager

Mit Seniorenwirtschaft ist der Teil der Wirtschaft gemeint, der sich systematisch mit den **Bedürfnissen und Konsumwünschen älterer Menschen** beschäftigt und entsprechend neue und / oder angepasste Produkte und Dienstleistungen anbietet. Als Hauptbranchen kommen in Frage:

- Bildung / Freizeit / Tourismus;
- Ernährungswirtschaft;
- Wohnen / Dienstleistungswirtschaft;
- Transport;
- Handwerk;
- Medizin / Gesundheit / Pflege.

Bernhard Schröder



"Wer auf Gewinn setzt, muss Ältere als Kunden gewinnen"



"Wenn die Wirtschaft die richtigen **Produkte und Dienstleistungen** für ältere Menschen anbietet, erschließt sie eine Chance für **Wachstum und Beschäftigung**. Denn die über 60-Jährigen in Deutschland verfügen über die **hohe Kaufkraft** von sieben Mrd. Euro monatlich. Mit einer starken Seniorenwirtschaft können wir die **Lebensqualität älterer Menschen** und die **Binnennachfrage** gleichermaßen steigern"

Bernhard Schröder



Beschäftigung im EN-Kreis (1999 – 2004)

- **94.552 Beschäftigte im Kreis**
6% aller Beschäftigten im RG
- **Jeder 2. Beschäftigte arbeitet im Produzierenden Gewerbe**
abs.: 41.183 Beschäftigte;
Anteile: EN: 43,8% RG: 30,5%;
Entwicklung EN: -15% RG: -19%
- **Dienstleistungssektor ausbaufähig**
EN: 55,7% RG: 68,8%;
Trend: EN: +7% RG: +3%
- **Überdurchschnittliche Beschäftigungsabnahme**
EN: -5,8% RG: -4,7%
- **Klein- und mittelständische Industriestruktur**
80% der Industriebetriebe haben unter 50 MA
- **Geringe Gründungsdynamik**
EN: 2,3 je 1000 EW D: 3,3 je 1000 EW
(Saldo Gewerbean- und -abmeldungen)



Bernhard Schröder

Erwerbspersonenentwicklung im EN-Kreis (2005 – 2025)

- Starker Rückgang des Erwerbspersonenvolumens
Männer: EN: -19,9% NRW: -8,8%

Region	2005	2025	Veränderung
EN-Kreis	161.195	139.200	-13,60%
NRW	8.548.223	7.937.600	-7,10%

- Wachsender Anteil älterer Erwerbspersonen

Region	2005		2025	
	gesamt	55 Jahre und älter	gesamt	55 Jahre und älter
EN-Kreis	161.195	24.665	139.200	38.400

Quelle: LfS NRW, 2008

Bernhard Schröder

Demographische Entwicklung im EN-Kreis (2005-2025)

Erhebliche Verschiebungen der Altersstruktur

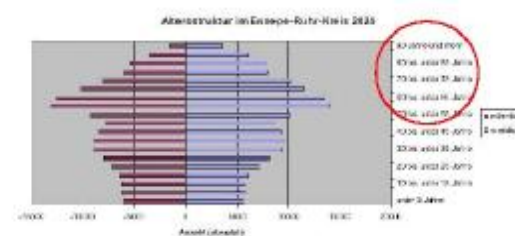
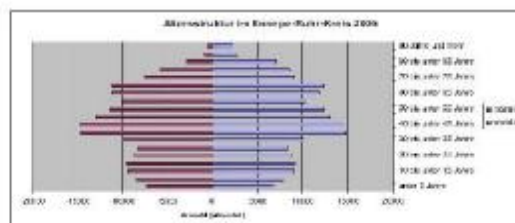
Starke Abnahme jüngerer Bevölkerungsteile
Prognose: EN -40%

Starke Zunahme Älterer und Hochaltriger
Prognose: EN +13%

Deutliche Rückgänge in der Bevölkerungsentwicklung im EN-Kreis

	EN	NRW
2005	347.500	18.078.000
2020	326.800	17.950.300
absolut	-20.700	-127.700
in %	-6,0	-0,7

Quelle: LfS NRW, 2008

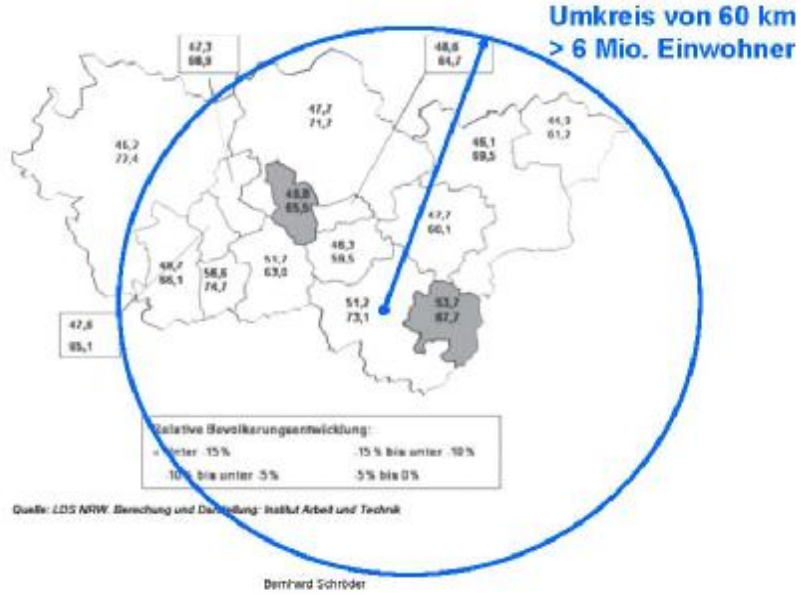


Bernhard Schröder



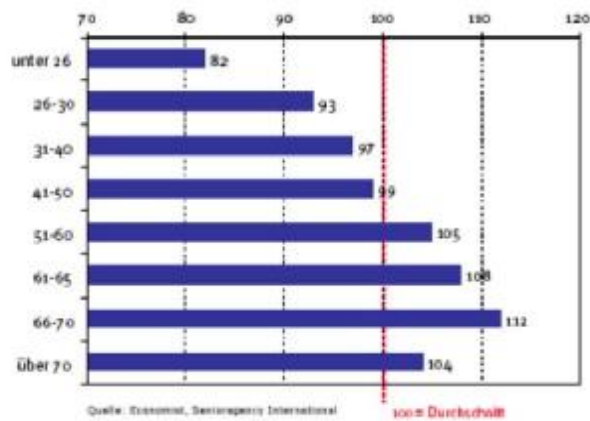
Bevölkerung im Ruhrgebiet

Abbildung 1: Relative Bevölkerungsentwicklung 2005 und 2025 sowie Altersquotient der über 60-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren im Jahr 2005 und 2025 in den Kreisen und kreisfreien Städten des Ruhrgebiets



Die Alten werden immer reicher

Monatlich frei verfügbares Einkommen in den Industrieländern



Bernhard Schröder

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Ländliche Entwicklung im Ruhrgebiet
Virtuelle Modellregion
VWR

1991-1992
STATISTIK DER ARBEITSSITUATION
UND LÖHNEVERHÄLTNISSAMEN
11.001

Seite 3 von 2

Kreis/Verwaltungsgemeinschaft	Verfügbares Einkommen ¹⁾	
	in Millionen Euro	in Euro je Einwohner
Bachler, Stadt	6.687	17.301
Bergop, Stadt	2.048	10.798
Datteln, Stadt	9.565	10.247
Deisberg, Stadt	7.138	10.208
Dülmen, Stadt	11.908	20.866
Essen, Stadt	18.635	26.367
Gevelde, Stadt	4.163	10.409
Hagen, Stadt	3.959	10.991
Hamm, Stadt	2.945	10.224
Herk, Stadt	2.107	10.703
Mülheim an der Ruhr, Stadt	2.111	20.991
Ostwestfalen, Stadt	2.970	10.208
RH-Gebiet (VR)	56.821	16.626
Kreis Sauerhausen	18.249	10.408
Kreis Unna	8.372	17.545
Kreis Soest	7.228	17.406
Kreis (VR)	33.754	17.771

Verwaltungsgemeinschaft	Verfügbares Einkommen ¹⁾	
	in Millionen Euro	in Euro je Einwohner
Ennepe-Ruhr-Kreis	2.571	20.777
Bochum, Stadt	792	19.418
Essen, Stadt	815	21.870
Gevelde, Stadt	853	10.978
Hamm, Stadt	1.250	15.472
Hedden, Stadt	621	16.816
Herne, Stadt	529	21.648
Sprockhövel, Stadt	623	25.806
Wesel (VR), Stadt	991	22.391
Witten, Stadt	1.893	16.432
Regionalverband Ruhr (RVR)	60.676	17.062
North-Rhine-Westphalia	302.230	18.933

von Bernd Schröder

Konsequenzen und Ansprüche an die Seniorenwirtschaft

- **Standard-Angebote** werden uninteressant
- **Haushaltsbezogene Konsum** gewinnt an Bedeutung
- **Service und Beratung** werden wichtiger (bestimmen die Kundenzufriedenheit)
- **Differenzierte Konzepte** für wechselnde Lebensphasen
- **Nischen** nehmen zu



- Kunden werden anspruchsvoller
- Sicherheits- und Bequemlichkeitsbedürfnisse steigen
- Einfachheit in der Abwicklung
- Vertrauen als Schlüsselqualifikation

Bernd Schröder



- Bildung / Freizeit / Wellness / Tourismus;
 - Ernährungswirtschaft;
 - Wohnen / Dienstleistungswirtschaft; (Wohnumfeldverschönerung, seniorengerechtes Wohnen)
 - Handwerk;
 - Medizin / Gesundheit / Pflege (steigendes Gesundheitsbewußtsein)
-
- Qualitäts- und Wertorientierung (Erlebnis- und sinnbezogener Konsum)
 - Service-Orientierung (Dienstleistungen; Convenience-Produkte)
 - Spezialisierung (Luxus- und Statusmärkte)
 - Nachhaltigkeit (Erhalten statt wegwerfen)

Bernhard Schröder



- Verschönerung / Verbesserung des Wohnumfeldes (seniorengerechtes / barrierefreies Wohnen);
- Sicherheit und Schutz (Sicherheitstechnik); erweiterte Hausnotrufdienste; TeleHealthMonitoring, „Intelligentes Haus“
- Wohn-Wellness, Handwerk mit warmen Materialien (Holz, Naturstein etc.)
- Unterstützung pflegender Angehöriger
- Serviceleistungen zur Unterstützung im Haushalt

- Elektro, Sanitär, Maler, „Heizelmännchen“,
- Garten-/Landschaftsbau
- Hausmeister-, Sicherheitsdienste
- Pflegedienste

Bernhard Schröder



Wohnungswirtschaft

Hat das Ziel, gemeinschaftlich innovative und wirtschaftlich tragfähige Dienstleistungen rund um die Immobilie zu entwickeln.

„Intelligente“ Haustechnik erbringt Mehrwertdienste in den Bereichen

- Sicherheit
- Gesundheit
- Komfort

- Wirtschaftliche Impulse für eine Vielzahl beteiligter Dienstleister -

Bernhard Schröder



- Ernährung
- Gesundheit (Prävention);
- Bedeutungszunahme der Privatausgaben für Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität
- Entstehung von Krankheiten verhindern (Gesundheitschecks)
- Pflegebedürftigkeit verhindern bzw. hinauszögern

- Bio-Produkte, Seniorenangebote in der Gastronomie
- Freizeitangebote: Sauna, Wassergymnastik,
- Prävention: Massage, Walkingangebote, Kurangebote, Komplementärmedizin

Bernhard Schröder



Gesundheit / Reha

ortho-mobile

www.ortho-mobile.de

Ambulante Rehabilitation

+

Gesundheitsdienstleistungen

Physiotherapie

Ergotherapie

Osteopathie

Medizinische Fitness

Präventivbehandlung

Gesundheitssportverein

Betriebliche Gesundheitsförderung

**Mehrwert durch professionelles
Gesundheitsnetzwerk aus einer Hand**

Bernhard Schröder



Seniorenprodukte



Aus Möbelschreinerei entwickelte sich ein
industrielles Möbelproduktionsunternehmen.

Mehrwert:

**Mit den gewonnenen Erfahrungen werden
die Pflegebetten/-möbel auf die
Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet.**

- Konzentration auf bestimmte Produkte mit hoher Qualität
- Nationaler und internationaler Vertrieb

Bernhard Schröder



- Seniorenweiterbildung: Sprachen, Kultur, Computer
- Spezielle (Kurz-)Reiseangebote
- Verbindung von Ausflug u. Gastronomie

- Awo, DRK, Seniorenreisen
- Ruhrtalradweg, Wandern im EN-Kreis
- „Elfringhauser Schweiz“

Bernhard Schröder



- **Kaufmotivationen** untersuchen und herausarbeiten: Was treibt wen am Markt?
- Welche **Marktpotentiale** sind für mich **wirtschaftlich** erschließbar?
- Wie kann ich **Potentiale** am besten **abschöpfen**: Eigenentwicklung, Kooperation, Allianzen?
- Eigene **Kernkompetenz** darstellen: Was kann ich am besten?
- Welches **Leistungsangebot** passt zu meinem Unternehmen, meinem Image?
- Was macht mein Angebot **einzigartig**?
- Eigene Marktpositionierung auf **Zielgruppe** schärfen: Wie kann ich meine Zielgruppe am besten erreichen?
- Wie mache ich meine Überlegenheit / Einzigartigkeit der Zielgruppe **deutlich**?

Bernhard Schröder



"Die Gesellschaft des langen Lebens ist nicht in erster Linie eine Last, sondern ein großer Gewinn für alle. Die Seniorinnen und Senioren von heute sind gesünder, mobiler, qualifizierter und kaufkräftiger als alle vorherigen Generationen"

- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit-

Bernhard Schröder
Wirtschaftsförderungsagentur Ennepe-Ruhr GmbH
(EN-Agentur)
Am Walzwerk 25
45527 Hattingen
Tel.: +49 2324 5648-14
Fax: +49 2324 5648-48
e-mail: schroeder@en-agentur.de
www.en-agentur.de

Bernhard Schröder

Forum-Diskussion „Seniorenwirtschaft“

Die Teilnehmenden des Forums „Seniorenwirtschaft“ identifizierten in der anschließenden Diskussionsrunde folgenden Probleme und Herausforderungen:

- Ø es bestehen für die den Bereich der Seniorenwirtschaft Strukturprobleme;
- Ø häufig sind Unwissenheit und bestehende Informationsdefizite bei Seniorinnen und Senioren Ursachen für die Entwicklung von Schwellenängsten und
- Ø auf Seiten der Unternehmen besteht häufig ein Mangel an Qualifizierung, um den Bereich der Seniorenwirtschaft zu erschließen.

Um sich diesen Herausforderungen für die Seniorenwirtschaft im Ennepe-Ruhr-Kreis zu stellen, wurden in der Diskussion folgende Anforderungen benannt:

- Ø es gilt, neue, an den Bedürfnissen Älterer angepasste Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln;
- Ø über verstärkte Öffentlichkeitsarbeit beispielsweise im Rahmen einer Imagekampagne, kann eine Bewusstseinsveränderung sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch bei den Älteren erreicht und Schwellenängste abgebaut werden;
- Ø ergänzend müssen Möglichkeiten zum öffentlicher Austausch beispielsweise über Informations- und Kommunikations-Plattform geboten werden;
- Ø auf Seiten der Unternehmen bedarf es der Qualifizierung für den Umgang mit Seniorinnen und Senioren;
- Ø um förderliche Rahmenbedingungen und Strukturen zur Stärkung der Seniorenwirtschaft zu schaffen, bedarf es einer Anschubs-Investition und
- Ø durch Politik und Verwaltung müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Hierzu erscheint beispielsweise die Einführung eines Gütesiegels sinnvoll.

Handlungsempfehlungen für den Ennepe-Ruhr-Kreis

Moderation: Dr. Dietmar Köster, FoGera e.V., Witten

Die Bürgermeisterin der Stadt Hattingen, Dr. Dagmar Goch, betonte die Bedeutung der Gestaltung des demographischen Wandels auf kommunaler Ebene. So gelte es, die Seniorenpolitik an die sich wandelnden Rahmenbedingungen stetig anzupassen und bei der Entwicklung von Handlungsansätzen, die jeweiligen kommunalen Besonderheiten zu berücksichtigen. Die Stadt Hattingen stellt sich bereits den Herausforderungen der alternden Gesellschaft und veranstaltete am 10. März 2007 eine Fachveranstaltung, deren Ergebnisse in ein kommunales Strategiekonzept einfließen werden.

Gaby Schnell, *Landesseniorenvertretung NRW*, forderte den Ennepe-Ruhr-Kreis dazu auf, weitere Seniorenvertretungen in den Kommunen ein zu richten und die Arbeit der Seniorenvertreterinnen und –Vertreter auch zukünftig stärker noch zu unterstützen, da auf diesem Wege die Partizipation Älterer an kommunalen Entwicklungen aktiv gestaltet werden kann.

Die Volkshochschulen richten sich traditionell mit vielen ihrer Angebote vor allem an ältere Bürgerinnen und Bürger, so Achim Battenberg von der *VHS Ennepe-Ruhr-Süd*. Zukünftig gelte es darüber hinaus der Angebotsstrukturen auch im Hinblick auf die Stärkung beruflicher Kompetenzen, den Erhalt der Arbeitsfähigkeit Älterer über Weiterbildungsmaßnahmen aber auch die Qualifizierung für das Ehrenamt über Konzepte des Lebenslangen Lernens zu erweitern.



Volker Ruiters, *DOGEWO21* aus Dortmund hob die Bedeutung des Themas Wohnen im Alter hervor. So richten sich barrierefreie Wohnlösungen in der Kombination mit technischen Serviceleistungen aber auch sozialen

Dienstleistungsangeboten direkt an diese Zielgruppe. Die Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern, beispielsweise über Mieterbefragungen, sei ein wesentlicher Bestandteil in der bedarfsorientierten Entwicklung von Wohnkonzepten. Das Spannungsverhältnis der Wohlfahrtsverbände zwischen Tradition und Innovation beschrieb Jochen Winter, AWO. Zukünftig seien neue, partizipationsfördernde Angebotsstrukturen und eine Öffnung der Wohlfahrtsverbände unter Berücksichtigung traditioneller Ansätze in der Arbeit mit und für Ältere anzustreben.

Als Vertreter des Ennepe-Ruhr-Kreises betonte Dr. Jürgen Brückner, dass der Kreis auf den demographischen Wandel sowohl hinsichtlich der flächendeckenden Ausweitung der Versorgungsstrukturen als auch im Hinblick auf die Potenziale Älterer reagieren werde und sich der Herausforderung stellt, ein Leitbild zur Gestaltung der Zukunft des Alters zu entwickeln.

Liste der Teilnehmenden:

Herr W. Albers, Stadt Spröckhövel;
Frau Daniela Alze, Stadt Gevelsberg;
Frau Irsi Baeck, VHS Ennepe-Ruhr-Süd, Gevelsberg;
Herr Heinz-Willy Barteldrees, Stadt Herdecke; Gevelsberg
Herr Achim Battenberg, VHS-Ennepe-Ruhr-Süd;
Frau Ursula Bebko, Freiberufl. Wohnberatung, Gevelsberg;
Herr Dr. Klaus Becker, Heimatverein Wetter e.V., Wetter (Ruhr);
Frau Christa Beermann, EN-Kreis, JobAgentur Koordinierungsstelle, Schwelm;
Herr Andreas Bendig, agenturmark GmbH, Hagen;
Frau Esther Berg, AWO Ennepe-Ruhr, Gevelsberg;
Frau Uschi Beyling, Fokus Freiwilligen Agentur, Witten;
Frau Prof. Dr. Christel Bienstein, Private Universität Witten-Herdecke gGmbH,
Witten;
Frau Irmela Bloedhorn, Diakoniestation, Hagen;
Herr Dirk Bernd Bobe, Diakonisches Werk, Witten;
Herr Hubert Brams, Kath. Kliniken Ruhrhalbinsel gGmbH, Essen;
Herr Wilfried Braun, Stadt Witten, Seniorenhilfe, Witten;
Herr Brause, Wohnstättengenossenschaft Wetter eG;
Herr Dr. Jürgen Brückner, Ennepe-Ruhr-Kreis, Schwelm;
Herr Dr. Arnim Brux, Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises, Schwelm;
Frau PD Dr. Elisabeth Bubolz-Lutz, Forschungsinstitut Geragogik (FoGera), Witten;
Frau Büchel, Wohnstättengenossenschaft Wetter eG;
Herr Hartmut Claes, Cartiasverband Witten;
Frau Martina Cramer, GEBAU Wohnen e.G., Ennepetal;
Frau Simone Diemer, QUaBeD GmbH, Witten;
Frau Roswitha Dodl, Diakonisches Werk, Ennepe-Ruhr / Hagen gGmbH, Hagen;
Frau Silke Dorn, Forschungsinstitut Geragogik (FoGera), Witten;
Frau Johanna Dragon, agentur mark GmbH, Hagen;
Frau Karin Dunker, Dunker Medizin und Röntgenbedarf GmbH, Hattingen;
Frau Barbara Eifert, Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG), Dortmund;
Frau Kornelia Ernstberger, Stadt Ennepetal;
Frau Ulrike Fell-Schnurbusch, Stadt Witten, Sozialdienst für ältere Bürger;
Herr Axel Fiedler, Seniorenbüro der Stadt Wetter;
Frau Sonja Finke, Fan Alt & Jung Wohnberatungen für den EN-Südkreis, Schwelm;

Herr Michael Finke, agentur mark GmbH, Hagen;
Herr Dr. Rainer Fretschner, Institut für Arbeit und Technik (IAT), Gelsenkirchen;
Frau Marita Gerwin, Stadt Arnsberg, Koordinationsstelle Zukunft Alter;
Frau Dr. Dagmar Goch, Bürgermeisterin der Stadt Hattingen;
Herr Dr. Franz-J. Gottschalk, Bündnis90/Die Grünen, Sprockhövel;
Frau P. Grebe, Fan Alt & Jung, Koordinierungsstelle Ehrenamt, Schwelm;
Herr Thomas Grieson-Pflieger, Stadt Hattingen;
Herr Ralph Grimm-Windeler, Ev. Krankenhaus Hattingen GmbH, Hattingen;
Frau Margarete Gryter-Wensing, QUaBeD, Witten;
Frau Regine Hannappel, Stadt Hattingen, Sozialplanung;
Herr Heinz-Theo Haske, CDU Fraktion Hattingen;
Frau Berghild Heide, Stadt Herdecke;
Frau B. Helberg-Gödde, AWO-EN "Pflegebegleiter"; Gevelsberg;
Frau Renate Herbold, Senioren-Forum Hattingen, Hattingen;
Herr Werner Herbold, Senioren-Forum Hattingen, Hattingen;
Herr Joachim Hoppmann, Stadt Ennepetal, FB Jugend und Soziales;
Frau Imming, Wohnstättengenossenschaft Wetter eG, Wetter;
Herr Hans Janssen, Senioren helfen Senioren, Breckerfeld;
Herr Dieter Joachim, Stadt Herdecke;
Frau E. Junge, Stadt Spröckhövel;
Herr Jürgen Kern, FAN - Freie Alten- und Nachbarschaftshilfe e.V., Ennepetal;
Herr Dietrich Kessel, Witten;
Herr Klaus Kiel, IG Metall, Gevelsberg;
Herr Manfred Klein, SPD AG 60+, EN;
Frau Barbara Knauer, Deutsches Rotes Kreuz, Soziale Dienste KV Witten gGmbH, Witten;
Herr Andreas Koch, Stadt Schwelm, Abteilung Altenhilfe;
Herr Martin Kormatz, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Ennepe-Ruhr-Kreis GmbH, Schwelm;
Herr Dr. Dietmar Köster, Forschungsinstitut Geragogik (FoGera), Witten;
Frau Katrin Krinke, Ortho-mobile, Hattinger ambulante Rehabilitationsklinik, Hattingen;
Krüger, Familien- und Krankenpflege e.V., Gesundheits- und Sozialpflegerische Zentren, Witten;
Herr Michael Lendecker, GEBAU Wohnen e.G., Ennepetal;
Frau Verena Leve, Forschungsinstitut Geragogik (FoGera), Witten;
Herr Frank Lorentz, AWO-EN "Pflegebegleiter", Gevelsberg;

Herr Bernhard Masur, Seniorenbeiräte im EN-Kreis, Breckerfeld;
Frau Tanja Meis, Stadt Hattingen, Seniorenbüro Hattingen;
Frau Annette Mörchen, KBE, Bonn;
Frau Evelyn Müller, Stadt Spröckhövel;
Frau Erika Müller-Finkenstein, HWG eG, Hattingen;
Frau Dr. Margareta Müller-Mbaye, Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke, Abteilung für Psychiatrie und Psychotherapie;
Frau Brigitte Necker, Stadt Witten, Seniorenhilfe;
Frau Dagmar Nicolay, Fan Alt & Jung, Wohnberatungen für den EN-Südkreis, Schwelm;
Herr Jörg Obereiner, Kreistag EN, Breckerfeld;
Herr Rainer Placidus, Senioren helfen Senioren, Breckerfeld;
Herr Hans-Jürgen Pröpgen, Haus der Diakonie, Hattingen;
Herr Riedel, Evgl. Feierabendhaus, Schwelm;
Frau Regine Roeck, Stadt Witten;
Herr Volker Ruiters, DOGEWO21, Dortmunder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft; Dortmund;
Herr Dr. Harald Rüßler, Fachhochschule Dortmund, Dortmund;
Frau Karina Schmidt, Haus der Diakonie, Hattingen;
Herr Michael Schmidt, Forschungsinstitut Technologie und Behinderung, Wetter;
Frau Marion, Schmitt, QUaBeD GmbH, Witten;
Herr Erwin Schmitz, CDU Herdecke, Herdecke;
Frau Ursula Schnaudt, Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für den Ennepe-Ruhr-Kreis GmbH, Schwelm;
Herr Schneider, Stadt Wetter (Ruhr);
Frau Gaby Schnell, Landesseniorenvertretung NRW, Münster;
Herr Dirk Scholz, Stadt Hattingen, Seniorenbüro Hattingen;
Frau Anita Schöneberg, Stadt Ennepetal;
Frau Dr. Renate Schramek, Forschungsinstitut Geragogik (FoGera), Witten;
Herr Bernhard Schröder, EN-Agentur GmbH, Hattingen;
Frau Gisela Schulte, Wohnungsgenossenschaft Witten-Ost e.V., Witten;
Herr Erik O. Schulz, agenturmark GmbH, Hagen;
Herr Dieter Schulze, Job Agentur EN, Schwelm;
Frau Gabriele Schumacher, Stadt Gevelsberg, FB Bildung, Jugend & Soziales;
Frau Brigitta Sievert, HAZ Arbeit + Zukunft, Hattingen;
Herr Achim Spannagel, dieVörder Baugenossenschaft Ennepe-Vörder eG, Ennepetal;
Frau Julia Steinfurt, Forschungsinstitut Geragogik (FoGera), Witten;

Herr Prof. Dr. H.J. Streckert, dsdiagnostics GmbH, Witten;

Herr Hans Sturhan, Gevelsberger SeniorenService, Gevelsberg;

Frau Renate Terboven, Kreisverwaltung Ennepe-Ruhr Kreis, Schwelm;

Herr E. Vetten, IG Metall, Sprockhövel;

Frau Helga Vogt, Kreistag EN, Sozialer Ausschuss, Witten;

Herr Thomas Voß, Deutsches Rotes Kreuz, Soziale Dienste KV Witten gGmbH,
Witten;

Frau Karin Wacker, Ennepe-Ruhr-Kreis, Landratsbüro, Schwelm;

Frau Mechthild Weickenmaier, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband LV NRW,
Kreisgruppe Ennepe-Ruhr-Kreis, Witten;

Herr Weiner, Curanum SZ, Ennepetal;

Herr Werner Althoff, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration
des Landes NRW, Düsseldorf;

Herr Jochen Winter, AWO, Gevelsberg;

Herr Dr. Hermann-J. Wirtz, Kommunikation + Medien, Breckerfeld;

Frau Heike Wormsbächer, HAZ Arbeit + Zukunft, Hattingen;

Herr Dr. Peter Zemann, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin;

Herr Rainer Zott, Forschungsinstitut Technologie und Behinderung, Wetter;

Herr Heinz-Jürgen Dietrich, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Witten.